

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

273 (23.11.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.—A. einschl. 80 A. Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 4.60 A.; durch die Post bezogen 4.80 A., ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelgep. 25 A. Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.—A. Die 2spaltige 2.50 A.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 12 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Kapital-Verschiebungen vor dem Reichstag

Berlin, 22. November.

Am Ministerisch: Dr. Wirth und Dr. Koch.
Es wird folgende

Interpellation über Kapitalverschiebungen nach dem Auslande, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Müller-Franken als Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebracht hatte, erörtert:

„Ist es richtig, daß namhafte Kapitalverschiebungen nach dem Auslande stattgefunden haben?
Ist es weiter richtig, daß in Berlin die Aushebung des Bankhauses Gruber stattgefunden und zur vollständigen Beschlagnahme der Aktien und Bücher geführt hat? Ist es ferner richtig, daß hierdurch eine weitestgehende Kapitalflucht nachgewiesen ist und daß dabei eine große Anzahl Mitglieder abiger und fürstlicher Häuser, darunter auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern, gefolgt worden sind? Was gedenkt die Reichsregierung gegen die Beschuldigten zu tun, und was hat der Reichsfinanzminister getan, um für das Reich entsprechende Vermögenswerte zu sichern?“

Abg. Müller-Franken (Soz.)

„Begründet sodann die Interpellation: Schon während des Krieges seien Kapitalverschiebungen nach dem Auslande vorgekommen. Sie seien sich jetzt fort als Folge der Korruption des Krieges. Die Reichsregierung würde zu zurechtfinden durchzuführen, daß man den Schiebern nicht bekommen könne. Also müßten die jetzt gefassten werden, die man überführen könne. Das sei der Fall bei dem Bankhaus Gruber, Philippsohn u. Co. Zu den Kunden Grubers gehörten neben reaktionären Kreisen namentlich Mitglieder der Familie Hohenzollern. Es frage sich, wie viel von diesen sich an diesen Verschiebungen beteiligt hätten, die etwa 250 Millionen Mark betragen sollen. Ein bekannter General werde ebenfalls in Verbindung mit der Angelegenheit genannt. Ein Fürst Radolin, Fürst Albrecht-Waldau, Fürst Radziwin und Graf Schönborn hätten Konten bei Herrn Gruber. Auch die Kronprinzessin habe dort verkehrt. Die Verschiebungen der hiesigen Presse genügen ihm nicht als Beweis des Gegenteil. Er frage die Reichsregierung, ob sie Auskunft darüber geben wolle, wie weit die Kronprinzessin, Prinz Ernst Friedrich und Prinz August Wilhelm an den Verschiebungen beteiligt waren. Nicht beteiligt waren nur Prinz Oskar und Prinz Friedrich Leopold, der man den „roten Prinzen“, den einzigen Sozialdemokraten des Hauses Hohenzollern nenne, obwohl er gar nicht daran denke, Sozialdemokrat zu sein, vielmehr durch seine Verschiebungen von Silbervermögen und Kunstgegenständen nach der Schweiz verdrängt worden sei. Die unter diesen Umständen gerade die Rechte von einer Schiebers- und Kinnisempublik“ sprechen könne, sei unverständlich. Seine Partei erwarte von der Reichsregierung sofort energisches Einschreiten. Im übrigen sei festzustellen, daß vielleicht Fehler schon zu der Zeit geschehen sein mögen, in der des Reichers Freunde noch im Amte saßen. Sie seien ihnen jedenfalls aber nicht bekannt geworden, sonst würden sie eingeschritten sein.“

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Wir sind in der Lage, nachzuweisen, daß eine Untersuchung bereits am 18. April gegen Schmidt, Schölich und Dr. Borchardt eingeleitet worden ist in Verbindung mit dem Bankhaus Sinner u. Co., also bereits lange vor dem 2. Juni, an dem die „Freiheit“ die Sache veröffentlicht hat. Die Untersuchung ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Was den Fall Gruber angeht, so ist dem Reichsfinanzministerium vor einigen Tagen Mitteilung von Kapitalverschiebungen mit Hilfe dieses Hauses gemacht worden. Es hat sofort die Staatsanwaltschaft benachrichtigt und die Bücher beschlagnahmt lassen. Ueber die Vermögensverhältnisse selbst, die mit der Firma in Verbindung gestanden, können noch keine bestimmten Angaben gemacht werden. Fest steht, daß sich unter denen, die Konten bei der Firma in Amsterdam haben, auch Mitglieder abiger und fürstlicher Häuser befinden, darunter einige Mitglieder des Hauses Hohenzollern. (Hört, hört!) Es sind auf Grund des Steuerfluchtgesetzes sofort Sicherstellungsmaßnahmen angeordnet worden, die auch vor den Mitgliedern des Hgl. Hauses nicht Halt machen werden. Nach dem Steuerfluchtgesetz sind die Finanzämter zur Anforderung einer Sicherheit von 50 Prozent des steuerpflichtigen Kapitals berechtigt, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß Vermögenswerte dem Steuerfiskus entzogen werden sollen. Diese Voraussetzung ist bei allen Personen für vorliegend erachtet worden, die als Konteninhaber bei der Firma Gruber teigehaft worden sind. (Beifall.)

Auf Antrag Scheidemann tritt das Haus in die Besprechung ein.

Abg. Dr. Düringer (D.N.): Wünscht ich die Durchführung der Untersuchung ohne Ansehen der Person. Diese Interpellation wurde aber gerade die Sache politisch ausgeschlagen. Das was der Regierung vielleicht angenehmer ist, geht aus dem Urband hervor, daß der Reichsfinanzminister die Interpellation beantwortet habe und nicht der Justizminister. Was die Kronprinzessin in Amsterdam bei Herrn Gruber stehen habe, sei lediglich ein Konto für den Unterhalt des Kronprinzen. (Hört, hört!) Die Hege des „Vorwärts“ ist nur dazu bestimmt, die Hege, die noch im Volke zum Hause Hohenzollern besteht, zu untergraben.

Abg. Birloge (Str.): Die Erklärungen der Reichsfinanzminister erschienen befriedigend, auch im Fall Gruber. Das Sinken der Steuerermora sei leider nicht zu leugnen. Die Blätter der „Freiheit“ tragen hierzu einen großen Teil der Schuld. Doch an den Verschiebungen Angehörige des Kaiserhauses beteiligt sein sollen, ist nicht vernünftig, denn sie seien auch nur Menschen. Wer sich aber aus reinem Chauvinismus der Steuer-

pflicht entziehe, unterliege der Verachtung jedes Gutgeachteten. Eine die Hebung der Steuerermora werden uns die schönsten Gesetze nichts helfen.

Abg. Dr. Kahl (D.N.): Die Majestät des Gesetzes steht uns höher als jede andere Majestät. Deshalb will meine Fraktion die Sache vom Standpunkt des Gesetzes behandeln, denn aber jede parteipolitische Ausschaltung ab. Die Interpellanten wünschen, daß die Untersuchung bereits schwebt. Sie benutzen die Tribüne, um Verdächtigungen auszukreuzen, geschützt durch die Immunität der Abgeordneten. Die ganze Fassung der Interpellation beweist, daß nur der Angriff auf das Hohenzollernhaus die Hauptsache war. Selbst wenn die Tatsache der Beteiligung erwiesen wäre, würde das nicht das gesamte Hohenzollernhaus treffen können, dessen Verdienste in 50jähriger Kulturarbeit so groß seien, daß sie nicht von einem Mitgliede des Hauses berunglimpft werden können. (Räum und Lärm.) Redner kommt dann auf den Konflikt in der Linken zu sprechen und meint, die Reichstagsfraktionen läßen nur Schamzügel. Die Behauptung des „Vorwärts“, der Adjutant von Kronprinzessin habe eine Tochter Grubers ein Geschenk der Kronprinzessin überbracht, sowie die Angaben über Besuche Grubers bei der Kronprinzessin und umgekehrt seien erlogen. Herr Gruber habe lediglich die Kronprinzessin einmal einen Brief ihres Gemahls überbracht. Verdächtigungen des Kapitalfluchtgesetzes hat die Kronprinzessin nicht begangen.

Abg. Lebedow (L.S.): Das ist ein Eingreifen in ein höchstbedeutendes Verbrechen. Hurra! „Schwader! Schwader!“ (Lärm und Schreien.) Was ich ausgerechnet habe und was Ihnen so auf die Nerven fällt, ist meine persönliche Ansicht. Keine Fraktion darf nichts damit zu tun. Die Interpellation ist der Auslösung der Schwärze der Reichstagsfraktionen. Gewöhnen Sie sich daran, Kollege Müller, in Schönheit zu sterben.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Schamtribüne steht einem beim Durchgehen der Aktien im Gesicht, wenn man auf die Namen steht, die sich mit einem solchen Bankrottverbrechen eingelassen haben.

Abg. Büchse (L.S.): Legt der Interpellation keine übertriebene Bedeutung bei. Es handelt sich hier um ein Verbrechen aus dem Bereiche der allgemeinen Korruption. Es geht nur um Vermögensverschwendung. Das Verbrechen braucht nicht. Keine Fraktion braucht nicht im Auslande Darlehen auf seinen eigenen Namen auf. Wegen diesen zwei Dingen ist ein Verbrechen nicht eingeleitet worden. Für jeden verurteilten 100 Reichsmark muß eine Anzahl anderer Angehöriger des Reichs leisten. Jede verurteilte Person ist also die Tanten hungernder Kinder. Ein gesellschaftlicher Weg ist die Reichen heute nicht bekommen. Dem Monarchismus ist diese Enttarnung der Unendlichkeit. Mit dem Gottesgnadentum ist es nun zu Ende.

Abg. Dietrich (Dem.): Die ganze Sachlage scheint so wenig geklärt, daß meine Partei noch keine Stellung dazu nehmen kann. Es kann sich hier nur um eine Rechtsfrage, nicht um eine politische Frage handeln. Deshalb lehnt meine Partei auch jede Stellungnahme zu der Hohenzollerndebatte ab. Man kann den Ausführungen des Finanzministers nur beistimmen.

Abg. Köhler (L.S.): Gesetz ist heute nur der Rohstoff; alle anderen Steuern stehen auf dem Papier. Die Politik der Rechten ist Scheuerei. Sie läuft Sturm gegen die Schiebersrepublik und sündigt immer noch der verfallenen Schiebermonarchie. Arbeitervertreter waren es, die Wilhelm, dem Unausgesprochenen, bei der Verschiebung von ganzen Millionen mit Silber nach Holland verholten haben. Er frage die Regierung, ob die für Wilhelm nach Holland beförderten Sendungen vorher von der Steuerbehörde genau untersucht worden sind.

Abg. Gamminger (Bayer. V.): Wir sind von den Ausführungen des Finanzministers voll betroffen. Wir bedauern, daß die Interpellation durch ein Einverständnis von Parteifreundschaften an ihrem Wert verloren hat.

Abg. Scheidemann (Soz.): Mit der Antwort des Reichsfinanzministers bin ich durchaus einverstanden; die wichtigste Tatsache ist, daß sich die Kronprinzessin ein Konto bei dieser Bank hatte aufmachen lassen. Von dem Augenblicke an, da der Kaiser nach Holland ging, habe ich kein hartes Wort gegen ihn gesprochen, nach einem solchen Sturz von dem Gipfel der Macht und des Glanzes hielt ich es nicht für angebracht. Wenn man nicht in ein solches Verbrechen eingetreten will, dann darf man nicht so reden, wie es Herr Dr. Kahl getan hat. Die nationale Ehre, mit der man Schiedungen vertritt, überlasse ich Herrn Kahl. Wir kämpfen gegen Reaktion und Korruption.

Abg. Graf Helldorf (D.N.): Die Geschäftsverbindung des Kronprinzenhauses mit dem Bankhaus Gruber erklärt sich nach meinen Informationen daraus, daß der Kronprinz im Winter 1918 mit seiner Familie in Amsterdam ein Darlehen von 5000 Gulden bei dieser Bankfirma in Amsterdam aufnehmen mußte. Eine Steuerhinterziehung kann erst dann in Frage kommen, wenn in das Ausland übertragene Kapital verheimlicht wird und davon kann im vorliegenden Falle keine Rede sein. Für die Sozialdemokratie handelt es sich hier wieder nur um ein Kampfmittel gegen die Hohenzollern, gegen das Hohenzollernhaus. Die Begründung der Republik ist nicht imstande, eine 50jährige Geschichte auszulöschen („Schwarzes Brot“) und Zustimmung rechts; (Beifall links) mit allem Unrat von links werden Sie dem deutschen Volke die Liebe und Treue zum Hohenzollernhause nicht aus dem Herzen zu reißen. (Stürmischer Beifall rechts; Beifall links. Minutenlang kann sich Vizepräsident Dr. Bell keine Ruhe verschaffen.)

Abg. Dr. Breitscheid (L.S.): So lange die Kronprinzessin im Verdacht steht, an Kapitalverschiebungen Teil genommen zu haben, kann eine Erklärung, die angeblich von ihr kommt, keinen Wert haben. Die Tatsache steht fest, daß sie ebenso wie flüchtige Männer der Nation mit jener Amsterdamer Bank in Verbindung gestanden haben. Der Reichsfinanzminister hat sich leider bei der Benennung der Namen aus den höchsten Anzeichen eine große Zurückhaltung angesetzt. Dem Minister der Unabhängigen Anstalten kann ich erst zustimmen, wenn mir der Beweis erbracht ist, daß die Regierung das Mißtrauen verdient. In einem Einmutter-

fall sollen auch Herr Dietrich und Joachim Bestmann Holweg beteiligt sein. Redner verurteilt, daß der Abgeordnete Kahl, ein Jurist und Lehrer der Jugend, sich hergegeben habe, um den Verfall einer Heilerei für die Hohenzollernschiebung zu machen. (Beifall rechts.) (Der Vizepräsident Dr. Bell ruft den Abgeordneten zur Ordnung.) Die Rechte tut immer so, als lebe der Kaiser von Wasser und Brot und warie immer sehnlichst auf ein Liebesgabenpaket. Der Kaiser besitzt eine Schläue und einen großen Hofstaat und der Kronprinz ist zwar arbeitlos, braucht aber doch keine Arbeitslosen-Unterstützung. Jetzt ist die Rechte wieder oben auf. Nach der Revolution kamen ihre Vertreter demütig zu uns, an der Spitze Freiherr von Tirpitz, (Franz Scheim ruft dazwischen: „Ist gelogen.“) Jetzt glaubt die Rechte wieder, daß die Zeit für sie gekommen ist. Die Interpellation richtet sich nicht gegen die Hohenzollern, sondern gegen die Kreise, welche die Hohenzollern wieder ins Land rufen wollen, damit dem Volke endlich einmal die Augen geöffnet werden.

Reichsminister Dr. Wirth: Der Oberhaushalt hat mir eben mitgeteilt, er warne vor der Nennung von Namen, da noch kein Beweis ihrer Schuld erbracht sei. Den Namen Sinner habe ich mit keinem Gemüthen nennen können, weil er schon viermal der geschäftlichen Schreibung überführt worden ist. Was die Angelegenheit mit der Ausfuhr von Wertgegenständen des Kaisers betrifft, so sind aus dem Privatbesitz des Kaisers Möbel und Hausat mit Genehmigung des Ministeriums ausgeführt worden, unter genauer Beachtung der polizeilichen Ausführungsbestimmungen, die in keinem Falle etwas Belastendes ergeben haben.

Der Minister betont gegenüber dem Angriff der Rechten, daß er in der Hohenzollerndebatte ausschließlich seine Namen genannt habe. Er protestiert deshalb gegen die beschimpfenden Kränkungen, welche die Rechte seit längerer Zeit gerade gegen ihn zu richten beliebt.

Abg. Geyer (L.S. links) greift den Abg. Müller-Franken an, weil dieser ihm Unzufriedenheit bei der Verurteilung des kaiserlichen Privatvermögens vorgeworfen habe. Er habe dieses Vorwürgen mit Befehl belegt.

Abg. Dr. Stresemann (D.N.) wundert den Abg. Dr. Kahl gegen den Vorwurf in Bezug, in ein solches Verbrechen eingegriffen zu haben. Herrn Dr. Kahl's Ausführungen sind zu eingetragenen zu haben. Herrn Dr. Kahl's Ausführungen sind zu eingetragenen zu haben. Herrn Dr. Kahl's Ausführungen sind zu eingetragenen zu haben.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die Hohenzollern als weltberühmte Familien sind angesichts der Notlage des ganzen Volkes eine Gesellschaft ohne Gleichen. Wenn die Debatte sich zu einem Kampf für den Monarchismus gestaltet hat, so ist das nicht unsere Schuld. Die Sozialdemokraten haben jedenfalls schon zu einer Zeit, als Kaiser Wilhelm noch in Glanz und Würde saß, ihm diesem verödenen Namen, über Meinungstyp und Wort zum Ausdruck gebracht. (Die weiteren Ausführungen des Redners über die Hohenzollern rufen auf neue Proteste und Zurufe auf der Rechten hervor.) Wenn Sie glauben, daß die Zeit für den Monarchismus wieder gekommen ist, so will ich Ihnen sagen, daß das auf dem verfassungsmäßigen Wege nicht möglich ist. Wird die Einführung der Monarchie auf andere Weise versucht, so wird sich ein Widerstand erheben, von dem Sie keine Ahnung haben.

Damit schließt die Besprechung.
Es folgen persönliche Bemerkungen des Abg. Graf Helldorf und Dr. Breitscheid.
Zur Geschäftsordnung befaßt sich Dr. Levi (Rom.) gegen die Zurückweisung der Interpellation der angehenden Linken von der heutigen Tagesordnung. Diese Interpellation ist nunmehr als neuer Antrag eingebracht worden.
Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 1 Uhr. Anfragen keine Vorlagen. Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Erhöhung der Fernsprechgebühren

Die neuen Fernsprechgebühren reichen trotz der überaus empfindlichen Erhöhung, die sie erfahren haben, noch immer nicht zur Deckung der hohen Unkosten der Reichspostverwaltung aus. Der Reichstag soll deshalb, wie die „Frankfurter Zeitung“ hört, sehr bald vor die Frage gestellt werden, ob er die erforderlichen Zuschüsse aus Steuern oder aus Gebühren gedeckt zu sehen wünscht. In letzterem Falle müßten die Gebühren um 100 Prozent erhöht werden. Mit den Vorarbeiten für den entsprechenden Gesetzentwurf ist bereits begonnen worden.

Kein Einhalt mit der Herstellung von Mordwerkzeugen

Dem „Telegraph“ zufolge erklärte Lord George im Unterhause mit Bezug auf die Herstellung chemischer Kriegsmittel, die Haltung der englischen Regierung in dieser Frage hängt von der Handlungsweise anderer Nationen ab. Solange andere Länder mit der Verbesserung dieser Mittel fortfahren würden, könne England nicht zurückbleiben, weshalb im Mai beschlossen wurde, in Erwartung eines Beschlusses des Völkerbundes mit der Interpellation und Erprobung solcher Kriegsmittel fortzufahren. Rüstige Länder händen noch außerhalb des Völkerbundes und in einem dieser Länder würden bestimmt augenblicklich noch Versuche mit chemischen Kriegsmitteln gemacht.
So war es immer! Stets war ein Land vorhanden, das durch seine Rüstungen anderen den Vorwand zu Gegenrüstungen gab. Toll es auch, nach dem letzten großen Völkermorden so weitergehen.

Vollstimmung in Griechenland

Athen, 22. Nov. Das Kabinett hat die Vollstimmung über die Frage der Rückkehr König Konstantin auf den 28. November festgesetzt. König Konstantin hat an die Regierung telegraphiert, daß er das Ergebnis der Vollstimmung abwarten werde, bevor er zurückkehre. Die Regierung hat Erievias erucht, das Amt des Kommissars für Smyrna weiter zu versehen. Der Leiter der Nationalbank Janninis ist zurückgetreten.

Schieberrepublik oder Schiebermonarchie

Das Schimpfwort „Schieberrepublik“ gehört zum efferen Bestand des reaktionären Agitationsstoffes. Es läßt sich nicht leugnen, daß bei den heutigen schwankenden Wirtschaftsverhältnissen für Schieberungen und mühselose Gelegenheitsgewinne eine besonders günstige Konjunktur ist, aber diese Konjunktur ist in Wirklichkeit bereits durch den Krieg geschaffen und damals schon von allen Gewinnjüctigen weidlich ausgenutzt worden.

Aber mit ihrem Schimpfwort wollen wohl die Reaktionsäre sagen, daß es gerade die Republikaner sind, die schieben. Der Fall des Bankhauses Gmber, Philsting, Hohenzollern u. Co. zeigt nun wohl aber auch dem Blindesten, daß die Monarchisten keineswegs blöde sind. Noch mehr! Die erlauchtesten Herrscherhäuser selbst sind es, die mit dem Beispiel vaterlandslosen Einnahmes kräftig vorangehen. Mehrere hundert Millionen haben diese erlauchtesten Herrschaften durch Gruher aus dem verarmten Deutschland in das Ausland verschoben, nur darauf bedacht, sich selber vor der Entwertung der deutschen Mark und den hohen inländischen Steuern zu schützen. Welch rührendes Beispiel landesväterlichen Patriotismus. An der Spitze der Vermögensschieber steht der Erbkönig mit seiner Gemahlin, derselbe Mann, der ohne die Revolution zur Krone berufen gewesen wäre. Welch uneigennütziger Herrscher würde dieser Mann wohl seinem Volke gewesen sein!

Aber man darf sich über das Treiben dieser Herrschaften in der Republik nicht wundern. Sehen sie doch nur fort, was die Hohenzollern unter der Monarchie, ihrer eigenen Monarchie, jahrhundertlang getrieben haben. Woher stammen denn die vielen hundert Millionen, die jetzt ins Ausland verschoben sind, woher stammt die niedliche Kleinigkeit von einer Milliarde, die Wilhelm der Großmütige als Abfindung dafür forderte, daß er das Volk mit seiner Meinerung verächtet.

Die Antwort darauf geben die Verhandlungen des deutsch-französischen Rechtsauschusses, in dem seit Tagen die Abfindungsfrage behandelt wird. Leider werden diese Verhandlungen viel zu wenig beachtet, leider können die Zeitungen wegen des leidigen Vorkriegsmonopols nur mit äußerster Mühe berichten. Diese Verhandlungen ergeben, daß das Reich für die Hohenzollern 200 Millionen lang ein Mittel gewesen ist, um sich schamlos an Kosten des von ihnen regierten Staates zu bereichern. Wie sollte es auch anders sein. Wenn ein Bankrotturist kluglich über ein Millionenvermögen verfügt, so fragt man höhnisch, ob er denn das von seinem Gehalte erdort hat. Bei den Hohenzollern ist die gleiche Frage nur allzu berechtigt. Namentlich Wilhelm, der immer über seinen Etat von 20 Millionen jährlich lebte, hat wohl kaum etwas geerdort, trotzdem ist auch unter ihm das private Hohenzollernvermögen bedeutend gewachsen.

Die hauptsächlichste Bereicherungsmethode der Hohenzollern beruhte in der Ausnutzung der unklaren Rechtsverhältnisse, die daher rühren, daß bis in die moderne Zeit das Staatsvermögen und das Privatvermögen der Hohenzollern nicht getrennt verwaltet wurden. Es hat zwar zahlreiche Auseinandersetzungen später gegeben, bei denen die Hohenzollern nie zu kurz gekommen sind, aber trotz dieser Auseinandersetzungen haben sie es immer wieder fertig bekommen, noch bis in die letzte Zeit wertvolle Staatsvermögen als ihr Eigentum zu reklamieren. So wurde im Jahre 1900 das Akademiediertel in Berlin von den Hohenzollern an den Staat für 14 Millionen verkauft, obwohl diese Grundstücke dem Staat schon immer gehört hatten. Also etwa die gleiche Schiebung, als ob ein Fabrikdirektor seiner Fabrik ihre eigenen Maschinen verkauft und sich dafür das Geld einsteckt.

Und doch sind diese von den Hohenzollern verschobenen 44 Millionen nur ein kleiner Kosten in der großen Gesamtschiebung. Der Rechtsauschuss hat festgestellt, daß über die Hälfte der Grundstücke, die jetzt von den Hohenzollern als ihr Eigentum in Anspruch genommen werden, aus Mitteln des Kronfondskommiss-Kapitalfonds erworben wurden. Die

er Kronfond wurde aber immer wieder dadurch aufgefüllt, daß die Hohenzollern Staatsgrundstücke veräußerten. Also der Fall eines Bürobeamten, der den Bürochreibisch seiner Firma verkauft und sich von dem Erlöse zu Hause einen Schreibtisch anschafft — nur ins Nischenhafte übertragen!

Mitunter waren die Hohenzollern aber auch so gnädig, den Staat für die ihm abgenommenen Grundstücke zu bezahlen. So wurde der Grund und Boden, auf dem Schloß Wabelsberg steht, von ihnen dem Staat mit vollen 956 Taler und sechs Pfennigen (keine nicht zu verzeihen!) veräußert. Heute wird dergleichen Grundbesitz auf 28 Millionen geschätzt. Aber die Hohenzollern sagen „gekauft ist gekauft, denn: Nobless oblige — Adel verpflichtet!“

Noch schöner ging es bei dem Kauf von Sacrow an der Havel zu. Dieser Grundbesitz sollte nach seinem Meinertraag bezahlt werden. Da aber angeblich ein Meinertrag nicht vorhanden war, so wurde eben auch nichts bezahlt! Also gekauft für 0,0! aber „gekauft ist gekauft“, sagt Wilhelm der Anständige.

Solch Fälle lassen sich noch zu Dutzenden anführen. Bei vielen Grundstücken, die die Hohenzollern zu besitzen behaupten, läßt sich ein Rechtsmittel für den Erwerb überhaupt nicht nachweisen. Sie haben diese Grundstücke, wie der juristische Fachausdruck lautet, „eressen“. Aber wer kann anders der herausgelesene Vorbesitzer gewesen sein als der preussische Staat.

So haben die Hohenzollern es glänzend verstanden, das Reich zu einer ungeheuren persönlichen Bereicherung für sich zu gestalten. Die anrüchlichsten Methoden, den Staat zu brellen, waren ihnen recht. Aber wie jener alte römische Kaiser sagte sie: „es stinkt nicht“ — nämlich das Geld, das sie auf diese Weise einheimsten. Und nun fragen wir: befehlt nicht tausendmal mehr Ursache, als von einer Schieberrepublik zu reden, die vergangene Schiebermonarchie zu bezeichnen?

Aufdeckung neuer schandaalöser Schiebergeschäfte

An allen Ecken ruft man nach Sparbarkeit, die von den Staatsbehörden aber in der Praxis am wenigsten beachtet wird. Der fürstliche Kapitalbesitzer hat jetzt eine neue Aufdeckung über eine schandaalöse Verschwendung von Reichsmitteln. Zwischen den deutschen Reichsmerkmalen A.-G. und einem Richard Kahn, von Beruf Maschinenhändler, wurde nach Bestätigung amtlicher Stellen am 16. September ein Vertrag abgeschlossen, der dem Privatmann Kahn auf Kosten des Reiches ein Geschäft von 100 Millionen zu übertragen läßt. Der Vertrag bestimmt, daß Kahn die Verwertung aller Werkzeuge und Maschinen der Deutschen Reichswerke übertragen wird, die durch die Auflösung des Reiches und anderer damit verbundenen Verschwendungen aus dem Reichsbeitrag für das Reich überflüssig geworden sind. Bei diesem Verkauf ist Herr Kahn gewissermaßen der Kommissar der Reichswerke, der formell eine handelsübliche Entschädigung erhält, aber durch den Vertrag an sich in die Lage versetzt wird, ungeheure Gewinne zu machen. Gemäß dem Urteil von Sachverständigen befinden sich unter den Maschinen 30 000 Tonne durchaus brauchbaren Materials, wogegen höchstens 17 000 Tonne Maschinen für die Verfertigung in Petradt kommen während nun die gebrauchten Maschinen einen Wert pro Kilogramm von 8—10 Mark haben, zahlte Kahn den Preis von 210 Millionen auf die Lohnarbeit umgerechnet einen Ueberpreis von 117 Millionen Mark erzielt, die Kahn zur Hälfte aufziehen würden. Das gleiche Bild zeigt sich beim Verkauf von Elektromotoren, wobei dem Kommissar weiterhin 50 Millionen aufkommen. Rednet man hierzu noch den Verdienst bei der Verfertigung an dem aus den unbrauchbaren Maschinen gewonnenen Stahl und Rotkupfer, so ergibt sich ein Gesamtgewinn von über 100 Millionen Mark, der im Augenblick einer Einzelhändler in die Tasche stecken würde, obwohl das Reich an allen Ecken blutet.

Ansprüchlich ist der Vertrag dem Ausschuss der Reichswerke, der zuerst — wie es allfällig war — beim Abschluß überzogen worden ist, zur Prüfung der Angemessenheit zuzuziehen. Da dieser Ausschuss nicht zur Durchführung gelangt, immerhin aber wird der Fall ein markantes Beispiel von Theozie und Praxis bleiben, wie sie in den untergeordneten Reichsstellen in bezug auf Sparbarkeit aufgefacht werden.

Oberösterreich und die Internationale

Unter dem Vorsitz des Genossen Camille Suszmanns und Beirerungen des deutschen und polnischen Parteivorstandes fand in Berlin eine Konferenz von oberösterreichischen

deutschen und polnischen Sozialdemokraten statt, die sich besonders mit den letzten Unruhen in Oberösterreich beschäftigte. Nach gründlicher Aussprache einigte man sich auf nachfolgende Entschlüsse, die einstimmig angenommen wurden und den beiden Parteivorständen übermittlel werden soll:

„Die Konferenz der deutschen und polnischen Sozialdemokraten Oberösterreichs am 20. November 1920 in Berlin ist der Meinung, daß der oberösterreichische Konflikt nur gelöst werden kann, wenn beide Nationen ohne Rücksicht das Bestehen des Reiches annehmen als höchste und bindende Instanz im Interesse des Friedens, des Ausbaues eines wirklichen Völkerverbundes und der Entwicklung der sozialistischen Zusammenarbeit. Dieses Bestehen muß stattfinden auf Grund des § 4 des Anhangs des Artikels 88 des Friedensvertrags.“

Die deutschen und polnischen Sozialdemokraten verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß in der Abstimmungspropaganda alle nationalistic verheerenden Argumente ausgeschaltet werden. Die S.P.D. wird in ihrer Agitation für das Bestehen Oberösterreichs bei Deutschland, ebenso wie die P.P.S. für dessen Ansehen an Polen lebhaft die Interessen politisch und wirtschaftlichen Gründe zum Ausdruck bringen, die für ihren Standpunkt sprechen. Sie werden alle Bemühungen und Versöhnungsmittel sowie alle wirtschaftlichen Druckmittel auf das entschlossenste bekämpfen und für völlige Abstimmungs-freiheit eintreten.

Nach eingehender Besprechung der vorzutragenden Beschlüsse beschließt die Konferenz: Von jeder Seite werden drei Genossen bestimmt, die eine Kommission bilden, welche alle Ueberprüfungen von Angehörigen beider Parteien vorzubereiten oder zu befehlen hat. Wenn in bestimmten Fällen die Kommission nicht zu einer Einigung gelangt, ist es im Hinblick des deutschen und des polnischen Parteivorstandes hinzuweisen.

Wir betonen auf das wärmste diese Einigungsbestrebungen der Internationale und sind überzeugt, daß bei beiderseitigem guten Willen der nationale Friede in Oberösterreich innerhalb der Arbeiterschaft wieder hergestellt werden könnte.

Reichstagsabgeordneter Erising und das Defizit bei der Eisenbahnverwaltung

Vom Deutschen Eisenbahnerverband — Bezirk Baden — wird geschrieben:

Der Zentrumsabgeordnete Erising beschäftigt sich in der Nr. 24 des „Badischen Beobachters“ in längerer Ausführungen mit der Defizitwirtschaft der Eisenbahnbetriebe und kommt dabei zu Schlußfolgerungen, gegen die das Eisenbahnerpersonal entschieden Protest einlegen muß. Vorweg sei bemerkt, daß es auffallend erlauchen muß, daß immer, wenn das Eisenbahnerpersonal in seiner Postlage an die Öffentlichkeit zu gehen neigungen ist, sich immer wieder Leute finden, welche die öffentliche Meinung zu irreführen versuchen. Herr Erising betont zunächst die treue Wächterfüllung des Eisenbahnerpersonals, der die heutige Vorkriegsleistung im Zugübertrieb, verdankt sei und behandelte alsdann das Defizit. Die Ursachen lagen in dem verlorenen Abhängigen Krieg, dem großen Streckenverlust und der Abgabe von rollendem Material an die Entente. Dazu kämen die ungeheuren Ausgaben für Material und Rohstoffe, die seit 1913 um das 15fache gestiegen seien.

Somit alles in Ordnung. Nun aber kommt der Bierfuß. Nach Herrn Erising sind nämlich die erhebliche Vermehrung des Personals (eine Folge des Aufstrebens), Abschaffung der Akkordarbeit, Erhöhung des Urlaubes, Gewährung von Freizeiten und gesunde Arbeitsleistung etc. die weiteren mitteilbaren Ursachen der Defizitwirtschaft. Diese Argumentation ist natürlich geeignet, die große Öffentlichkeit gegen das Eisenbahnerpersonal noch mehr als bisher aufzubauen.

Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit? Daß bei einer Vermehrung des Personals, die unbedingt notwendig war, um unser Verkehrsweisen so reich als möglich zu haben — nach den Ausführungen des Herrn Erising ist die Debnung des Verkehrs ja auch gelungen —, die Ausgaben für Gehälter und Löhne absolut steigen mußten, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich und erklärlich muß auch ein Anstieg der Leistungen erscheinen im Hinblick auf die allgemeine Unterernährung, die Einstellung einer verhältnismäßig großen Zahl von Kriegsinvaliden usw. Vorauß es aber antommt, ist die Tatsache, auch das nicht Herr Erising zu, daß die Gesamtansgaben für das Personal in gar keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Ausgaben stehen. Dies hat nach einer Preisnotiz, die in den letzten Tagen die Kunde durch die Zeitungen gemacht hat, sonar der Verkehrsminister Gröner bestätigt. Wenn aber schon von den Löhnen und Gehältern der Eisenbahner die Rede ist, so müssen wir an den Abgeordneten Erising die Frage richten, ob ihm nicht bekannt ist, daß heute noch im Eisenbahnbetrieb eine große Zahl von Beamten lebenden ist, die mit einem Monatslohn von 600—700 Mark nach Hause geht. Die Bundesräte sind nirgends zu finden, sie sind gelassen und haben uns im Stich gelassen, darum greift die heiden da, wir wollen sie als Geiseln behalten. Und jetzt hinaus ans Rotenbühlort, dort steht unser rechter Herzog, 's ist besser, wir machen selbst auf, als daß er mit Gewalt eindringt. Wer ein guter Württemberger ist, folgt mir nach.

Er sitzt herab von der Bank, und lübelnd umgab ihn die Menge. Die beiden Rüstpredher des Bundes wurden, ehe sie sich dessen versehen, gebunden und fortgeführt. Jetzt ergoß sich der Strom der Bürger vom Rotenbühlort zum oberen Tor hinaus über den breiten Graben der alten Stadt in die Turnierader vorstadt, am Bollwerk vorbei zum Rotenbühlort. Die bündischen Knechte, die das Tor besetzt hielten, wurden schnell übermann, das Tor ging auf, die Zugbrücke fiel herab und legte sich über den Stadtgraben.

Dort hatten indessen die Anführer des Fußvolkes ihre besten Truppen aufgestellt, denn man wußte nicht genau, wie die Bündischen sich bei Annäherung des Herzogs benehmen würden. Ulrich selbst hatte die Posten beritten. Vergeblich suchte Georg von Sturmweber ihn zu überzeugen, daß die Befragung von Stuttgart schmach sei, daß sie ihnen nicht die Spitze bieten könne, vergeblich stellte er ihm vor, daß die Bürger ihn zurückziehen und willig ihre Tore öffnen werden. Der Herzog schaute finstler in die Nacht hinaus, presste die Lippen zusammen und knirschte mit den Zähnen.

„Das verheißt du nicht“, murrte er dem Anführer zu. „Du kennst die Menschen nicht; sie sind alle falsch; trau niemand als dir selbst. Es dreben den Mantel nach jedem Wind! — Aber diesmal will ich sie lassen. Meinst du, ich habe mein Land umsonst mit dem Rücken angehen?“

Georg konnte diese Stimmung des Herzogs nicht begreifen. Im Anblick der er selbst, sonar mild und faust gemeldet, hatte von manchem schönen Brauch gesprochen, den er einführen wollte, wenn er wieder ins Land komme, hatte seinen Fort über seine Feinde, beinahe nie Unmut über die Unterthanen gezeigt, die von ihm abgefallen waren; aber sei es, daß mit dem Anblick der vaterländischen Gegenstände auch das Gefühl der Feindschaft wieder erwachte, daß der Adel und die Städte noch nicht hatten von sich lösen lassen, — er war, seit er die Grenzen Württembergs überschritten, nicht freudig, geborn, erwartungsvoll, sondern ein stolzer Trub blühte aus seinen Augen, seine Stimme war finstler — und eine gewisse Strenge und Härte im Urteil fiel seinen Urtheilen, besonders Georg von Sturmweber auf, der sich in diese neue Seite von Ulrichs Charakter nicht ateleu zu finden wußte.

Pichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff

Der Marktplatz war damals noch das Herz der Stadt Stuttgart; zwar hatten sich schon zwei große Verträge, die Sankt Leonhards- und die Turnierader vorstadt um sie gelagert, welche, mit Graben, Mauern und starken Laren versehen, das Ansehen eigener Städte bekommen hatten. Aber noch standen die Ringmauern und Tore der Altstadt, und ihre Bürger sahen nicht ohne Stolz herab auf die Vorstädter. Der Marktplatz war es, wo nach alter Sitte bei jeder besonderen Gelegenheit die Bürger sich versammelten; auch an dem wichtigen Abend der Maria Himmelfahrt strömten sie dorthin zusammen. Zur Zeit, wo der Bürger noch mit der Wehre an der Seite auftreten durfte, hatte sein öffentlich gesprochenes Wort auch mehr zu bedeuten, als in späteren Tagen, wo Linte, Feder und Papier die Oberhand gemann. Und wahrlich, die Bürger von Stuttgart waren bei Nacht und in Massen versammelt ganz andere Leute als morgens. Wandrer, der hätte man ihn vor-mittags um seine Meinung wegen des Herzogs gefragt, antwortete: „Was geht es mich an, bin ein friedlicher Bürgersmann,“ rief er jetzt seine Stimme und sagte: „Wir wollen dem Herzog die Tore öffnen, fort mit den Bündischen! Wer ist ein guter Württemberger?“

Der Mond schien hell auf die versammelte Menge herab, sie umschlich hin und her wogte. Ein vermorrtes Gemurmel brang von ihr in die Lüfte. Noch schienen sie unklüßig, viel-leicht weil keiner Mühe genug war, sich an die Spitze zu stellen. Aus den hohen Giebelhäusern, die den Platz einschloßen, schau-ten viele hundert Köpfe auf den Markt herüber. Es waren die Weiber und Töchter der Versammelten, die ängstlich und zerknüllt auf das Gemurmel lauschten. Denn die Stuttgarter Mädchen waren damals ein neugieriges Völkchen und hielten es im Herzen aus Mitleiden mit dem Herzog.

Schon wurde das Gemurmel der Menge immer lauter und verständlicher; der Ruf: „Wir wollen die Knechte vom Tor wegfragen und dem Herzog die Stadt aufstun,“ immer deutlicher, da sah man einen langen, kageren Mann auf eine Bank am Brunnen springen, wo er die ganze Menge übertrug. Er rief mit ungeheurer langen Armen in der Luft umher, tat einen weiten Mund auf und schrie mit heiserer Stimme um Gehör. Es wurde nach und nach stiller auf dem Platz, man vernahm einzelne Worte seiner Rede: „Was? Die ehrlichen Bürger von Stuttgart wollen ihren Eid brechen — habt ihr nicht dem Bunde

geschworen? Dem wollel ihr die Tore öffnen? Dem Herzog? Er kommt mit ganz geringer Mannschaft, denn er hat ja kein Geld, um Leute zu bezahlen, und da müßet dann ihr wieder den Teufel aufstun und bieschen! Da wirds heißen, Stuttgart geht schamlos in die Hände, weil es von uns abgefallen ist. Hört ihr? Zehntausend Gulden sollt ihr zahlen!“

„Wer ist denn der lange Kerl?“ fragten sich die Männer. — „Er hat nicht unrecht — werden kühnig zahlen müssen. — Ist er ein Bürger da oben? Wer seid ihr, rief einer der Kühnigen. „Woher wollt ihr wissen, was wir zahlen müssen?“

„Du bin der berühmte Doktor Calmus,“ sprach der Redner mit feierlicher Stimme, und wies das ganz genau. Und wen wollt ihr vertreiben? Den Kaiser, das Reich, den Bund? Und warum? Wegen dem Uh, der euch das Fell über die Ohren scheidt; denn nur an das geringere Gewicht, an die harten Nagel-frevel. Reist hat er gar kein Geld mehr; er ist ein Dumpe, hat alles verspielt in Wimpelgard.“

„Dart er sein Maul!“ schrien die Bürger. „Was geht das ihn an? Er ist kein hiesiger Bürger; fort mit dem Kohlmauler — schlägt ihn tot — werft ihn als Fisch in den Brunnen — der Herzog soll leben!“

Doktor Calmus erhob noch einmal seine Stimme, aber die Bürger überschrien ihn.

In diesem Augenblick kam ein neuer Trupp Bürger aus der oberen Stadt herabgerannt. „Der Herzog ist vor dem Rotenbühlort,“ riefen sie, „mit Reitern und Fußvolk. Wo ist der Statthalter? Wo sind die Bundesräte? Er will in die Stadt schiefen, wenn man nicht aufmacht!“ — Fort mit den Bündischen! — Wer ist gut württembergisch?“

Der Lärm wuchs von Sekunde zu Sekunde. Die Bürger schienen noch unklüßig, da bestieg ein neuer Redner die Bank; es war ein feiner Herr, der durch sein schmales Kneuzere einen Augenblick den Bürger imponierte: „Bedenket, ihr Männer, rief er mit feiner Stimme, „was wird der durch-ländliche Bundesrat dazu sagen, wenn ihr —“

„Was scheren wir uns um die Durchläufigen!“ überriefte man ihn. „Kerl Reist ihm herab mit dem rotenarmigen Rän-telem und dem glatten Haar, das ist ein Uner! Fort mit ihm — auf ihn, er ist von Uns!“

Aber ehe sie noch diesen Entschluß ausführten, trat ein kräftiger Mann hinauf, wies mit einem Schlag den Doktor zurück und den Uner mit dem rotarmigen Rän-telem hin von der Bank und wunkte mit der Wäge in die Luft. Still! Das ist der Hartmann,“ flüßterten die Bürger, „der verheißt,“ hört, was er spricht!“

„Hört mich!“ sprach dieser. „Der Statthalter und die

Nr. 273
somit ein
men soll
worten so
nach seine
Entlassung
dabei wie
Herr Erising
diese oft
sind polnisch
müßten
des Staat
angbar als
lofenunter
Der
Streit
nie in d
Klasse bei
angewand
Die kriat
nicht nehm
Die
nicht vor
Wirtschaft
juna kom
zu Grund
adler“ di
ner An
und abere
sen Anst
gansterte
gerade u
nicht zu
müßte d
Eisenbah
hieser ta
dem W
und son
Betriebs
Geltuna
trieben a
von u
ganz so

Der
kommer
nach eing
Reichswe
den Aufst
werden i
reiß im
Arbeitsm
Bericht
gebilld
Eind und
schädi
zeitgemäß
zu bilden
Befähig
rung prä
line. G
machungs
die Berl
Erörteru
über die
merkmal
lungen i
Wohnung
Vorzugs
der Duro
gewerbe
herten V
oibz hier
bedreite
die Lage

Mittglied
ausgabt
44
Der
Gewer

Das
aus dem
angef
ber offi
namentl
nach Re
nach G
sich B
Deutsch
noch ab
hätet B
an der
Rach G
Leiden
Rei da
niy dem
lassen
limitie
in ver
seine
gelang
widerbr
hobhat
er auf
Ueberm
händler
die mit
tion w

damit ein Familienvater oder selbst ein lediger Mann auskommen soll, ist eine Frage, die uns Herr Erling einmal beantworten soll. Ist er wohl der Ansicht, daß diese Beamten, wenn nach seinem Vorschlag circa 100 000 Mann „Heberzähler“ zur Entlassung kämen, wieder länger als 8 Stunden arbeiten dabei wie bisher weiterkürnen. Und wie denkt sich übrigens Herr Erling die Sache, wenn das Herr der Arbeitslosen durch diese offenbar beschlossene Maßnahme um einige hunderttausend Mann im Reich vermehrt wird? Ganz abgesehen von den politischen Wirkungen, die dadurch hervorgerufen werden müßten, sind wir der Auffassung, daß es umgekehrt Aufgabe des Staates wäre, die Arbeitslosen dem Produktionsprozess nutzbar zu machen, anstatt unproduktive Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung auf Kosten der Steuerzahler zu machen.

Der Herr Erling macht weiter sogar der Beamten die das Streikrecht kritisiert. Die Beamten sollen also, genau wie in der wilhelminischen Zeit, wieder als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, d. h. auf die letzten Verhältnisse angewandt; das heißt, man hat sie und weiter hungern. Die krisenorganisierte Beamtenchaft wird sich jedoch das Recht nicht nehmen lassen, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

Die reaktionelle Bemerkung des „Beobachters“, daß es nicht vorzuziehen wäre, daß Betriebsräte in den staatlichen Verhältnissen von der Arbeit befreit werden, läßt zu der Auffassung kommen, daß dieser Artikel eine bestimmte Ansicht über die Verhältnisse in den Eisenbahnen aus eigenem Anschauen zu beurteilen in der Lage ist, möchten uns aber die Frage erlauben, wie sich hierzu, insbesondere aus den Anschauungen des Herrn Erling überhaupt, die wirklich organisierte Arbeiterchaft stellt. Wir sind der Auffassung, daß gerade unsere Betriebsräte, um deren Stellung sie heute sicher nicht zu beneiden sind, endlich einmal die Rechte bekommen müßten die sie brauchen, wenn wir aus der Miswirtschaft der Eisenbahnbetriebe wieder herauskommen wollen, denn so wie bisher kann es nicht weitergehen. Es muß endlich einmal mit dem Bürokratismus aufgeräumt werden. Nicht die Beamten und sonstigen Aids, sondern Männer der praktischen Arbeit, Betriebsleiter und Betriebsräte müssen mehr wie bisher zur Geltung kommen, wenn die Verhältnisse in den Eisenbahnbetrieben verbessert werden sollen. Also nicht von „oben“, sondern von unten heraus muß der Gesamtzustand einsehen und zwar so rasch als möglich, bevor es zu spät ist.

Soziale Rundschau

Vom süddeutschen Handwerkskammertag

Der alte Zünftlergeist lebt immer noch

Der vor kurzem in Karlsruhe unter dem Vorsitz der Bezirkskammer Augsburg tagende Süddeutsche Handwerkskammertag erklärte nach eingehender Beratung, daß den in der Denkschrift des Reichshandwerkskammervereins herausgegebenen Entwürfen über den Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte nicht zugestimmt werden könne. Die Handwerkskammern haben bereits im Benehmen mit Handel, Industrie, Landwirtschaft und Arbeitnehmer der Regierung einen neuen den wirtschaftlichen Verhältnissen mehr angepaßten Vorschlag über das System der Wirtschaftsräte unterbreitet. Es wurde schließlich ein Ausschuss gebildet, der die weiteren Vorarbeiten in dieser Frage in die Hand zu nehmen hat. — Hinsichtlich der Lehrlingsentscheidung ist die Handwerkskammer für eine zeitweilige Entschärfung ein. Diese ist nach Aufhebung der bisher gültigen Beschränkungen von den Handwerkskammern als Mindestentscheidung festzusetzen unter Anbeimählung von Gewährung von Prämien bei besonderer Tätigkeit der Lehrlinge. Ein Einmischen der Schlichtungsausschüsse, des Vermittlungsausschusses und anderer noch zu bildender Stellen in die Lehrlingsfrage wird strikte abgelehnt. — Nach eingehenden Erörterungen über die Einrichtung von Handwerksregimenten und über die Normalisierung der Lehrlingsverhältnisse erklärte die Süddeutsche Handwerkskammer grundsätzlich gegen jede Sozialisierungsbestimmungen im Bauwesen, gegen alle Verände der Gemeinden, den Wohnungsbau in eigener Hand auszuführen, und beruht jede Versorgung durch Reich, Staat und Gemeinden der zum Zwecke der Durchführung einer lärmlosen Sozialisierung im Bauwesen bereits vorhandenen und noch neu entstehenden sozialen Verbände. Den Bauhandwerkern selbst wird nahegelegt, sich ihrerseits mehr als bisher den Weg der Sozialisierungsbestimmungen zu beschreiben, um durch einen festen wirtschaftlichen Zusammenhang die Lage des Gewerbes zu heben.

Der Aufstieg der Gewerkschaften

Mitgliedszunahme: 4 1/2 Millionen — Für Lohnbewegungen veranschlagt: 45 300 049 M. — Für soziale Unterhaltungen: 44 042 793 M. — Für Bildungszwecke: 15 600 812 M.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht in einer Besondere zu

der Nr. 44 des „Korrespondenzblattes“ eine statistische Uebersicht über die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1919, die uns den gewaltigen Aufschwung, den die freien Gewerkschaften seit dem Ausbruch der Revolution genommen, anschaulich vor Augen führt.

Das Jahr 1919 schließt für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (AdGB) ein erfolgreiches ab. Die Zunahme gegenüber der Schlusszahl des Vorjahres beträgt 4 472 120. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände 1919 5 479 073 Mitglieder, darunter 1 192 767 weibliche. Gegenüber dem Vorjahre trat eine Vermehrung von 3 044 272 männlichen, 769 810 weiblichen, zusammen 3 814 082 Mitgliedern ein.

Das Gesamtergebnis der Finanzwirtschaft der Zentralverbände im Jahre 1919 ist: eine Gesamteinnahme von 247 806 938 M. (59 767 577 M.), der eine Ausgabe von 201 409 709 M. (41 681 709 M.) gegenübersteht. Das Gesamtvermögen belief sich am Schluß des Jahres auf 188 180 000 M. (80 904 595 M.), ohne das Vermögen des Metallarbeiterverbandes.

Ihre Leistungen brüden sich in folgenden Riefenzahlen aus: Für Lohnbewegungen und Streiks 45 300 049 M. für Unterhaltungen 44 042 793 M. für Bildungszwecke 15 600 812 M.

Die Deutschen Gewerkschaften (Hilfs-Dünker), die von sich behaupten, die älteste Organisationsform zu sein, haben an der gewaltigen Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften den geringsten Anteil. Sie sind deshalb noch einflußlos geblieben als in der Vorkriegszeit. Es gehören dieser Gruppe 19 Organisationen an, die 1919 zusammen einen Bestand von 1728 Ortsvereinen hatten gegen 1720 im Vorjahre. Die gesamte Mitgliedschaft betrug 189 881, darunter waren 18 086 weibliche Mitglieder.

Die christlichen Gewerkschaften zählten am Schluß des Jahres 1919 1 000 770 und im Jahresdurchschnitt 558 388 Mitglieder, davon 160 024 weibliche. 1918 waren es nach Abziehen der Mitglieder der orthodoxen Verbände, 892 914 Mitglieder, davon 69 104 weibliche.

Die Zusammenfassung der für die drei Organisationsrichtungen freie Gewerkschaften Deutsche Gewerkschaften und christliche Gewerkschaften vorliegenden statistischen Nachweise ergibt, daß diese 1919 zusammen 6 527 187 Mitglieder, darunter 1 370 877 weibliche, hatten. Von je 100 Mitgliedern der Gesamtheit kommen auf die freien Gewerkschaften 83, auf die deutschen Gewerkschaften 19 und auf die christlichen Gewerkschaften 13.

Das Vertrauen, das sich die freien Gewerkschaften in ihren jahrzehntelangen Kämpfen gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Unternehmertums und der Arbeiterchaft erworben haben, lenkte nach dem Ausbruch der Revolution den Schritt der Massen zu ihnen. Der unachtreue Reichsanwalt stellt die Gewerkschaften vor neue Aufgaben. Alle obersten Vertreter des Gewerkschaftsbundes, gleichgültig welche politische Ueberszeugung sie auch haben, müssen sich einig sein in dem Gedanken: dem verfallenen Volke seine wirtschaftlichen Kampforganisationen zu erhalten, sie zu fördern und weiter auszubauen.

Die badischen Kirchenwahlen

Rückblick und Ausblick

Der Ausfall der badischen Kirchenwahlen hat erneut bestätigt, daß in der evangelischen Kirche der letzten Zeit der Kirchenvolk weiterhin regieren wird, der bisher auch die Macht in Händen hatte; und das sind die „Konservativen“. Die Vertreter des Altens, Ueberlebten, die Anhänger des harten Erkenntnischristentums, mit einem Wort: die Konserbativen. Es sind diejenigen Kreise, aus denen sich auch die überauslesten Anhänger der Reichsparteien, des Nationalsozialismus sammeln. Die Leute, denen Ethos und Altes am meisten anhängen, die die alten Lehren und Lehren am liebsten aufzusammeln lieben sind. Es also werden — und zwar aufgrund der Wahl formaljuristisch durchaus mit Recht — das kirchliche Leben nach innen und außen in den nächsten sechs Jahren bestimmt beverfassen können. Alle diejenigen, die man etwa als kirchliche „Links“ empfinden könnte, sind in der Winderheit geblieben. Eine sehr kleine Minderheit stellt insbesondere der „Bad. Volkskirchenbund“. Mit drei Abgeordneten hat er höchstens die Möglichkeit zu protestieren. Mit einer „protestantischen“ kirchenpolitischen Gruppe übrigens keine schlechte Aufgabe. Die Gründe, warum der Volkskirchenbund und der mit ihm verbundene „Evangelischer Sozialisten“ so schlecht abgekommen haben, sind mancherlei. Namentlich mangelte es an einer einheitlichen Linie in erster Linie an der Arbeiterschaft. Denn der Gehalt einer inneren, idealen Einheit von Christentum und Sozialismus war es ja, der diesen beiden Gruppen den Kernpunkt ihres Programms bedeutete. Kein zahlenmäßig ansehnliches, hätte der Volkskirchenbund nun viel stärker in das kirchenpolitische einwirken können, denn mindestens 80 Prozent der nicht katholischen Sozialisten sind evangelisch kirchlich organisiert und von diesen waren doch

mindestens zwei Drittel wahlberechtigt. Der nächste Grund kann also nur darin zu suchen sein, daß gerade die Kreise, an welche sich der Volkskirchenbund in erster Linie wenden mußte, sich nicht an der Wahl beteiligt haben. Bestimmte Erfahrungen bestätigen dies. Nur nur ein ganz kraßes Beispiel zu nennen: so wurde in einer Stadt, aus welcher eine führende Persönlichkeit auf der Kandidatenliste stand, nur ein Stimmzettel abgegeben, trotzdem zweifellos dort eine große Reihe kirchlich organisierter Sozialisten vorhanden ist. Technisch liegt es in vielen anderen Fällen. Es soll dabei ausdrücklich erwähnt werden, daß selbstverständlich davon niemals eine Rede sein kann, daß etwa von der politischen Partei als solcher aus diese Bewegung attraktiv sein sollte und dürfe; aber was man verlangen könnte, das ist doch ebenso zweifellos das, daß die kirchlich organisierten Sozialisten ihre Gesinnungsgenossen auf diesem Gebiet nicht im Stich lassen. Das ist auch ein Teil proletarischer Solidarität und Klassenbewußtseins. Es ist diese Erwünschung um so auffällender, als aus den für die Bildungsberichte der Partei beauftragten Themen hervorgeht, daß eine sehr große Anzahl von Parteimitgliedern sich für das Thema „Sozialismus und Christentum“ interessiert. Auf der einen Seite also ein lebhaftes Interesse für diese Fragen und auf der anderen Seite ein hartes Verhalten in der Ausübung des kirchlichen Wahlrechts. Da müssen Gründe vorhanden sein, die tiefer liegen und an denen wir auch als Sozialdemokraten nicht achtlos vorbeigehen dürfen.

Die Gründe scheinen vor allem darin zu liegen, daß die Kirche als solche instinktiv von der Arbeiterchaft als eine reaktionäre Organisation empfunden wird, die in ihrem Geist und Formen nicht mehr eine lebendige Verkörperung des Christentums ist. Man steht der Kirche in einem durch Erfahrungen und Erlebnisse geschärften Bewußtsein als etwas feindlichem gegenüber. Aber, und das ist eben der Fehler man bleibt bei dieser Stimmungshaltung stehen und zieht nicht die praktischen Konsequenzen. Diese können zweierlei Art sein: entweder man tritt aus der Kirche aus, die man ja innerlich ablehnt, oder man sucht sich innerhalb der Kirche durchzusetzen mittels einer kirchlichen Organisation. Keines von Beidem hat die Arbeiterschaft getan. Sie tritt weder aus noch sucht sie eine neue religiöse Form, noch hat sie sich an den Nöthen beteiligt, um so von innen heraus die Kirche umzuwandeln nach ihrem Sinn. Die Folge davon ist natürlich, daß die Kirche bleibt wie sie ist, ein Gefäß reaktionären Geistes, trotzdem sie das keineswegs sein möchte.

Dieser neu geschaffenen Tatsache gegenüber ist es nun in den nächsten Jahren innerhalb der evangelischen Arbeiterchaft Partei zu schaffen. Es gibt heute schon viele, die aus der Kirche austreten würden wenn sie eine andere Form religiösen Lebens hätten, die ihnen das gibt, was sie heute noch begehren. Es ist nicht auszusprechen, daß dieser Weg noch beschritten wird. Ob er gut und wertvoll sich erweisen wird, das kann heute nicht gesagt werden; wahrscheinlich würde zunächst eine sektarische Absonderung das Ergebnis sein. Der andere Weg ist der, sich in einer kirchlichen Organisation, also etwa im Volkskirchenbund, aufzumischen und dieser Organisation den Charakter zu geben, den sie braucht, um sich durchsetzen zu können. Es handelt sich dabei nicht darum (wie vielfach gemeint wird), die Arbeiter für die Kirche zu gewinnen, sondern eher darum, die Kirche für den Sozialismus zu erobern. Dieser Weg scheint mir der bessere zu sein, weil er sich auf bereits bestehenden Organisationen baut, ohne dabei seinen stark protestierenden Charakter einer Oppositionspartei gegen die Politik der Position zu verlieren. Die Wege, die hierbei im Einzelnen zu beschreiben sind, können natürlich an dieser Stelle nicht aufzuzählen werden; es ist das Organ des Volkskirchenbundes, das „Christliche Volksblatt“ der geeignete Ort. Die dem überhaupt ist sehr schwer ist, heute, in einer von neuen Strömungen und Wandel erfüllten Zeit, irgendwie bestimmtes auch auf diesem Gebiet herauszusagen. Doch mir über hier vor großen Entscheidungen stehen, darüber kann kein Zweifel sein: denn in Grunde ist die Kirche ein Macht, bei der eine durchschneidende Maßnahme notwendig ist, um sie zu retten, so wie sie heute ist. Die kirchliche Katastrophe ist nicht viel besser als die des besiegten Deutschlands.

Badische Politik

Neue Enthaltungen?

Die Charakterisierung des deutschnationalen Abgeordneten Mager scheint in den Kreisen der Deutschnationalen und der Deutschen Liberalen Volkspartei sehr bitter empfunden zu werden. Die volksparteiliche „Badische Post“ hat deshalb sofort mit weiteren Enthaltungen aus der chronique scandaleuse gedroht, um damit einschüchternd zu wirken. Trotzdem dieses Blatt einen Ruf in diesem Gewerbe bezieht, läßt sich vermutlich dadurch kein Mann von Charakter irgendwie beirren, das Treiben alldeutscher Patrioten zu beleuchten. Wenn deshalb das

Väterchen Madno

In nachfolgendem bringen wir eine interessante Schilderung über den Werdegang des russischen Panditen Madno, die uns ein freudiges Bild unseres Landes aus dem russischen Emigrantenblatt „Wremja“ ins Deutsche überleitet. Aus dem Buchstabe entlassen wurde Madno Kaiserherzoginmann der zehnte deutsche Kaiser in Sibirien ausfindig, und stieg nach und nach zum ukrainischen Nationalhelden und Demoman der Wrangelschen Armee empor. Das Ende Wrangels ist nun auch das Ende Madnos.

Das unwertende russische Chos hat so Manchen den Weg aus dem Palast in die Hütte gewiesen, aber auch Manchen den umgekehrten Weg gehen lassen. Väterchen Madno, heute der offizielle russische Bundesgenosse, noch vor wenigen Jahren ein namenloser russischer Sträfling, ist einer der vom Schicksal nach Revolution zu Despotenmacht Emporgestiegenen. Selbst nach Entlassung des heidenhaften Nihilisten, den die französische Presse auf Grund feiner Natur gemordeten Deutschen nicht um ihn noch bleibt seine Kaufmann immer noch abenteurerlich und erstreckt genug, um ihn zur hiesigen Persönlichkeit werden zu lassen. Seine „offizielle“ Tätigkeit begann der kaum 18jährige Madno mit der Bezeichnung an der Ermordung eines deutschen Seelers namens Eimer. Nach Entlassung aus dem Zuchthaus ergab er sich der politischen Leidenschaft, wobei er sich demselben aktiv betätigte, daß er kurze Zeit darauf insolge eines politischen Verbrechens wiederum zum Gefängnis in Konstantin kam. Zum zweiten Male freigelassen, trat er in Verbindung mit dem anarcho-sozialistischen Zentralkomitee. Seine Verhaftung wurde dort auch bald anerkannt, in verschiedenen vom Komitee gegebenen Aufträgen bewies er seine unerschütterliche Tapferkeit und Unerschrockenheit. Doch es gelang der Sicherheit arbeitenden zaristischen Geheimpolizei wiederum, des allmählich gefährlich werdenden Anarchisten habhaft zu werden. Zusammen mit 14 Gleichgesinnten erschien er auf der Anklagebank. Bei Kriegsbeginn 1914 wurde seine Uebersiedelung mit allen Mitteln verhindert. Während damals zahlreiche russische Sträflinge von der Regierung zum Mithonoverleben an der Front verwendet wurden, kam Madno in die mit Recht gefürchtete Einzelhaft. Sogar die täpliche Aktion wurde verweigert, um durch physische Entlastung den mög-

lichen Latendrang zu hemmen. So gelang es ihm erst im Verlauf der Februarrevolution, aus der Haft zu entkommen.

Sofort nach Ausbruch in seinem Heimatort Guljai-Polje, Kreis Alexandrowsk, Gouvernement Jekaterinoslaw, gründete er mit ungebrochener Initiative eine anarcho-sozialistische Partei, die anfänglich nur aus etwa 30 Anhängern zählte. Seine rein politische Rolle sollte sich aber plötzlich in eine heimlich nationale ändern, als die deutschen Truppen im April 1918 in Jekaterinoslaw einrückten, und Madno sich zum Führer aller mit den Offizieren unzufriedenen Elemente machte. Die deutsche wirtschaftliche Ausbeutungspolitik ließ besonders viele Bauern unter seine Fahne eilen. Schon nach einem knappen Monat lag er mit einer etwa 8000 Mann starken Bande, deren Kerntruppe eine Kasakenabteilung bildete, im Dobromir-Urwald versteckt, von wo er, ein moderner Bogejager großer Stills, Streifzüge gegen deutsche Kommandos unternahm. Sein Vorstoß kam so überraschend, daß sich die zerstreuten liegenden deutschen Abteilungen aus dem nordischen Teil des Alexandrowsker Kreises zurückziehen mußten. Die gesamte deutsche Generalität aber wurde infolge der Verdächtigungen in Deutschland unterrichtet. So wurde die plötzlich eintretende Räumung der Ukraine durch die Deutschen vom Volk lebhaft Madnos Tätigkeit angegriffen; mit einem Schlag hatte die geschichtliche Entwertung die Wälsche seiner umfassenen Popularität geschwunden. Aus seinem Hauslein Abenteuer wird eine wohlwollendste Armee von mehreren Zehntausend, die sowohl den den Bolschewiken betriebenen Sozialrevolutionären wie auch den für ukrainische Unabhängigkeit kämpfenden Konterrevolutionären unter ihre Anhänger zählt.

Die militärische Organisation wuchs sich zu einem staatlichen Organismus aus, in dem die anarcho-sozialistische Grundidee des Ananys widerprüchlich ausgeübt werden. Das Madno auch keinen unmittelbaren Anteil an der inneren Verwaltung, so polarisiert er doch die Zentralgewalt durch Ernennung von Staatssekretären und durch Delegation von Vollstammungsstellen. Zeitungen werden gedruckt, Schul-, Kunst- und Aktionsdienste geschaffen. Dies mehrfache anarcho-sozialistische-monetaristische Aufbauwerk schuf die russische Armee gegenüber anfangs seine reale Lebenskraft. Die von den Bolschewiken verfluchte Madnomacht schied nicht unerwartet trotz Demitts Sturz, Väterchen Madno aber wird von der Presse des westlichen Europa nach Rübiden zum offiziellen — „rotten Del-

ben“ gekempelt, und demgemäß auch sein bürgerliches Leben (wenn sich der Ausdruck für einen Anarchisten anwenden läßt) der genauesten Beachtung gewürdigt.

Nach der mittelalterlichen Beobachtung lehrte der vom Streite grünte Ataman in sein Heimatdorf zurück. In einem mit kostbaren Fellen ausgelegten Luxuszelt hält der ausruhende Held Gericht über seine Untertanen, scheidet sie in Gerechte und Ungerechte. Vielleicht kommt ihm hierbei seine ehemalige innige Verbindung mit der Justiz zu gute. Auch die Achillesferse des Väterchens hat man bereits entdeckt. Sie scheint ziemlich umfangreich zu sein, denn Madno ist bereits bei der 6. legitim angeordneten Frau angelangt. — Wie mir ein Augenzeuge ausdrücklich berichtet hat, ist der neue Herrscher keineswegs ein Abontis. Aber das weibliche Geschlecht scheint über seine unnormal kleine Figur und sein durch Bodennarben entstelltes Gesicht hinwegzusehen. Es bleibt immer noch genug des Ehrerbewertens, sich „Atamanche“ nennen zu dürfen. Hat es doch die Dorettenfängerin D. erreicht, daß das beehrte Väterchen ihr zu Ehren ein Theater in Guljai-Polje errichten ließ, in dem die Einwohnerchaft einen ganzen Sommer lang die bezaubernde Atamanische an der Spitze eines laich zusammengestellten Ensembles bewundern konnte. Eine andere von seiner Zärtlichkeit besonders ausgezeichnete Frau war die Tochter eines jüdischen Händlers, deren Heiratsepisode nicht der Romik entbehrt. Der doch nicht ganz vorurteilsfreie Ataman forschte, daß sich seine Braut taufen lasse, was ihn aber nach erfolgter Trauung in der Dorfkirche keineswegs abhielt, den „anarchistischen“ Pöbel an sämtliche Verwandte seiner Braut zu erziehen, nach Rüblichkeit durch zeremonielle „Abgabe“ von Geschenken zur Verherrlichung seiner Hochzeit beizutragen. Sein Befehl wurde auch wirklich unter ungeheurem Jubel Neugieriger auf dem Markt von Guljai-Polje erfüllt. — Doch alle ihre Vorgängerinnen übertrifft die Begie, eine 18jährige Schönheit, die bereits ihr Studium an der Kirowe Universität begonnen hatte. Sie scheint auf dem besten Weg, eine Compagnon zu werden; ja selbst in den Kampf begleitete sie ihren Mann, so fettele sie der beste Steppenreiter. Mit ganz besonderem Geschick betätigt sie sich in der inneren Verwaltung. Ihr Einfluß reicht bereits so weit, daß man Madno nach der Auffassung eines französischen Korrespondenten davon warnen mußte. Die geschichtliche Parallele zum verberberischen Einfluß der Frau auf arabischen Männer ist gleich gezogen, und immerhin, — es wäre wirklich unerschöpflich, wenn die Welt einen der besten Deutschfeinde durch die Kopieren einer Frau verdränge

Heidelberg volksparteiliche Blatt mit weiteren Enthüllungen aus dem kapitalistischen Staat...

Da die „Badische Post“ vermutet, daß hinter den Angriffen gegen die Firma Dounes in Heidelberg...

Wir sind der Ansicht, daß es Pflicht der maßgebenden Instanzen ist, diesen Mittelmann sofort nachzugehen...

Die „Badische Post“ muß berichtigt werden

Nachdem die „Badische Post“ mit großem Lärm Mittelungen über die „Vollgeschäfte des Herrn Dimmelsbach“...

Wenn die „Badische Post“ auch auf den Widerspruch im letzten Satz aufmerksam macht...

Geteilte Arbeitszeit und Beamtenbund

Von einem Justizbeamten wird uns geschrieben: Nach dem den Beamten das Resultat der Abstimmung über Fortfall oder Beibehaltung der ungeteilten Arbeitszeit...

Theater, Kunst und Wissenschaft

Kunst und Zeitgeist

Anknüpfend an seinen Vortrag über Griechenland sprach Prof. E. Segantiller am Donnerstag über die römische Kunst...

Die eigenartige Struktur der römischen Lebensauffassung zeigte sich nicht nur in der Architektur...

mit hat die Beamtenchaft im allgemeinen und die mittlere- und untere im besonderen den Verzicht einer Erwerbschaft zu verweigern...

Das hat der Beamtenbund denn gemacht? Er sagte zu, eine Abstimmung herbeizuführen...

Die gegen rechtliche, wirtschaftliche und soziale Unterdrückung kann eben nur geben, wer frei ist von jeder Abhängigkeit...

Wir erheben schärfsten Protest gegen ihre Vereitelung und betrachten die Wiedererrichtung der geteilten Arbeitszeit...

Die Beamten müßten auf der Hut sein, daß nicht weitere Angriffe auf ihre Rechte gemacht werden...

Die Folgen des Friedensvertrages. Durch den Vertrag von Versailles verlor die Gemeinde Scherzheim im Amtsbereich...

Religiöses Generalkonjunkt in München. Nach Mitteilung der belgischen Regierung ist Baden aus dem Amtsbereich...

Die heimliche Brauweinverzeigerung. Dem Landesfinanzamt Karlsruhe ist in den letzten Wochen zur Gewissheit geworden...

Zur Sparfaktet im Stromverbrauch wird in einer amtlichen Pressemitteilung aufgeführt...

Freiburg, 15. Nov. Der Vorstand für das Rechnungsjahr 1. April 1920/21 sieht an Einnahmen 88 481 847 M...

Gemeindepolitik

Wannheim, 14. Nov. Da für private Wohnungsbauten öffentliche Mittel nicht zur Verfügung stehen...

Wannheim, 14. Nov. Unsere kürzliche Wohnung an den Herrn Lehrer Benzinger und seine „Gnädige“ Frau Gräfin...

Konstanz, 19. Nov. Der Student Karl Reumacher aus Zell a. S. verriet zwischen Konstanz und Stadt einen jungen Mann...

Heidelberg, 21. Nov. Zwei Gehilfen der Firma S. Nagen, die auf dem Bahnhofs-Gepäckstraße ihres Inhalts herabzuhaben...

Wannheim, 19. Nov. Wie wir schon mitgeteilt haben, haben jordanische Akademiker...

Sandhausen b. Heidelberg, 18. Nov. Der zehn Jahre alte Sohn des Bahnarbeiters Ludwig Klein von hier wurde vorgestern...

Wannheim, 14. Nov. Da für private Wohnungsbauten öffentliche Mittel nicht zur Verfügung stehen...

Wannheim, 14. Nov. Unsere kürzliche Wohnung an den Herrn Lehrer Benzinger und seine „Gnädige“ Frau Gräfin...

Gerichtszeitung

Wannheim, 14. Nov. Unsere kürzliche Wohnung an den Herrn Lehrer Benzinger und seine „Gnädige“ Frau Gräfin...

Aus dem Lande

Wannheim, 14. Nov. Unsere kürzliche Wohnung an den Herrn Lehrer Benzinger und seine „Gnädige“ Frau Gräfin...

Konstanz, 19. Nov. Der Student Karl Reumacher aus Zell a. S. verriet zwischen Konstanz und Stadt einen jungen Mann...

Heidelberg, 21. Nov. Zwei Gehilfen der Firma S. Nagen, die auf dem Bahnhofs-Gepäckstraße ihres Inhalts herabzuhaben...

Wannheim, 19. Nov. Wie wir schon mitgeteilt haben, haben jordanische Akademiker...

Sandhausen b. Heidelberg, 18. Nov. Der zehn Jahre alte Sohn des Bahnarbeiters Ludwig Klein von hier wurde vorgestern...

Tempelhofener! Aus h. Dursch, 18. Nov. Ueber den am vorletzten Sonntag veranstalteten Theaterabend des Sozialden...

Berlin, 17. Nov. Die Behörde des Wagners großer Besorgung...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Das verurteilte Staat...

Aus der Stadt

Karlsruhe, 23. Novemb. 1920.

Karlsruher Parteianträge

Vertrauensmänner-Versammlung. Am Mittwoch, abends 7 Uhr, findet in der „Goldenen Krone“ eine außerordentlich wichtige Vertrauensmänner-Versammlung statt. Jeder Vertrauensmann hat zu erscheinen. Legitimationskarten unbedingt mitbringen.

Sozialdem. Bürgerausschussfraktion. Heute abend 7 Uhr im Stadtsitzungsaal Fraktions-Sitzung, zu der jedes Fraktionsmitglied zu erscheinen hat.

Ein 100 Millionen-Projekt für Wohnungsbau

In der richtigen Erkenntnis, daß nur der Bau von Wohnungen uns aus der mangelhaften Wohnungsverhältnisse herausbringt, hat der eingetragene sozialdemokratische Karlsruher Ausschuss einen Antrag auf Bereitstellung von 100 Millionen Mark für Wohnungsbau eingereicht. Von einem großen Teil der bürgerlichen Vertreter wurde dieser Antrag mit Vorbehalt aufgenommen und die mit dem Hausbauverbund verbundenen Interessen vertreten. Die „Badische Landeszeitung“, die ja für große soziale Probleme jedes Verständnis abweist, unterstellte dem Antragsteller agitatorische Gründe als Ursache ihres Antrages. Ich es aber auf die Dauer nicht geht, die Wohnungsnot mit solchen Trostworten abzutun, sondern nur mit der Erhebung von neuen Wohnungen, geht aus einer Vorlage erneut hervor, welche der Stadtrat dem Bürgerausschuss unterbreitet. Darin wird die Zahl der Wohnungsbauarbeiten am 1. Oktober mit 5000 und der dringende Bedarf an Wohnungen mit 2500 angegeben. Im 2290 Wohnungen, die also dringende Notwendigkeit sind und an schon bebauten Straßen erstellt werden können, ist ein Kostenschätz von rund 280 Millionen Mark erforderlich, also noch 130 Millionen Mark mehr als die von der Sozialdemokratie geforderte Summe. In der Verhandlung zur Vorlage wird bemerkt, daß die bestmögliche Erstellung der restlichen 1500 Wohnungen dringend erforderlich ist nicht nur zur Befriedigung der Wohnungsnöte, sondern auch mit Rücksicht auf die Erwerbslosigkeit, die schon beim Bau von 500 Wohnungen 1800 Personen ein ganzes Jahr Beschäftigung haben. Man kann hieraus am besten die fürstliche Stellungnahme der großen Mehrheit der bürgerlichen Vertreter und das soziale Verantwortliche Geschick der Landesbehörde seiner Zeit am besten erkennen.

Der Stadtrat fordert zunächst 20 Millionen zur Erstellung von Wohnhäusern und Neubauten und zwar 5 Millionen zur Erhebung von 400 Wohnungen durch Um- und Stadterweiterung sowie für Instandsetzung von in Verfall geratenen Häusern. Zu Neubauten werden angefordert: Für den Mieter- und Bauverein (24 Wohnungen) 454.000 M., Gartenstadt Mühlberg (20 Wohnungen) 1.700.000 M., Gartenstadt Grünwiesl (40 Wohnungen) 3.225.000 M., Gemeinnütziger Mieter- und Handwerkerbauverein (63 Wohnungen) 5.599.000 M. Die erforderlichen Mittel von 20 Millionen Mark zu diesem Zweck werden durch Anleihen von 10 Jahren einnehmen und innerhalb 20 Jahren dem Anleihenfuß wieder angeführt werden.

Für die Arbeitsmittel, zu deren Vereinfachung und Abmilderung 14 Millionen Mark notwendig sind, besteht bis jetzt keine Deckungsmöglichkeit und dazu kommt, daß es sich hier nur um ein Teilprojekt eines großen Wunsches handelt, dessen Durchführung mindestens einen Aufwand von 160 Millionen (also die von der Sozialdemokratie finanziert geforderte Summe) erfordert. Hiermit also eine übertriebene Belastung des Gemeindefiskus um 7-8 Millionen. Der Stadtrat vertritt deshalb eine Beschränkung der Ausgaben bei Erstellung eines Gehäuses vom Reich oder vom Staat zur Erhebung einer sogenannten Wohnabgabe und hält es für unerlässlich, daß auch der Bürgerausschuss mit der Genehmigung der Vorlage einmütig seine Zustimmung zum Gedanken der Wohnabgabe ausdrückt.

Das Sterben wird teurer

Auch nach dem Tode wird man von der Tenerrungswelle nicht verschont, denn wie aus einer drastischen Vorlage an den Bürgerausschuss hervorgeht, sollen die Bestattungskosten für die Bevölkerung erheblich erhöht werden. Die Erhebung beträgt für die Bestattung eines Erwachsenen 100 Prozent, und die Bestattung eines Kindes selbst erfahren eine bedeutende Aufzackung. Sie beträgt nach der Vorlage: a) von 75 M auf 200 M für die Bestattung eines Erwachsenen, b) von 50 M auf 200 M für die Bestattung eines Kindes über 6 Jahre, c) von 20 M auf 100 M für die Bestattung eines Kindes unter 6 Jahren, d) von 20 M auf 80 M für die Bestattung eines Kindes unter 1 Jahr, e) von 10 M auf 20 M, bezugnehmend, wenn die Beerdigung die Angehörigen in der Leichenhalle gebracht wird, f) von 2 M auf 5 M für das Eintragen unerer Leichen in die Leichenhalle. Auf Antrag der Angehörigen des Verstorbenen kann die Gebühr ermäßigt werden und zwar: für Kinderbestattungen bei (a) 200 M, b) 80 M, c) 30 M, für Kinderbestattungen bei (a) 200 M, b) 80 M, c) 30 M, für Kinderbestattungen bei (a) 200 M, b) 80 M, c) 30 M.

Nochmals die Wäscherei Lau und das Koalitionsrecht

Auf die Erklärung des Herrn Lau in Nr. 271 des „Volkshaus“ habe ich zu erklären, daß die Erhebung des Herrn Lau mit seiner Erklärung vor dem Schlichtungsausschuss, nach wie die Unabwiesung erfolgt zu haben“, nicht übereinstimmt, denn die Erhebung stellt die Tatsachen vollständig auf den Kopf. Es kann dies durch keinen feststellbar werden.

Bei Punkt 1: leugnet Herr Lau seine Gewerkschaft zur Organisation. Daß er aber die Leute so drangaliert und schikaniert hat, bis sie austraten, um Ruhe zu haben, und daß er erklärt, er sehe es lieber, wenn sie seiner Organisation beitreten und daß jetzt, nachdem die Arbeiterinnen wieder beizetreten sind, das alte Spiel wieder angeht und die Leute erklärt haben, es sei nicht mehr zum Aushalten, daß er weiterhin bereits zwei Arbeiterinnen, die wieder austraten, die Aufnahmegebühr und Beiträge aus seiner Tasche zurückbezahlt hat, wird er nicht ableugnen können.

2. Betreffs der Kündigung des Arbeiters R. machte er in der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss folgenden Antrag, den Arbeiter in ein kaltes Bad zu stellen. Gegenstand wurde ihm jedoch nicht und jetzt er jetzt an den Arbeiter 200 M und muß ihm ein Zeugnis ausstellen, das seinem weiteren Fortkommen nicht hinderlich ist.

3. Die Arbeiterinnen erklärten, daß R. sie aufgefordert habe, der Organisation beizutreten, was jetzt ja auch geschehen aber wieder mit obigem Erfolg.

4. Er gab wohl zu, daß er keine Zeit habe und keine behebende Äußerungen gebraucht habe. Daß er aber sagte: „Sie sind auch einer von den Faulen und Lumpen sollte man ihnen dazwischen verpacken“. Auf die Aufforderung, daß er sein Wort halte, erklärte er ihm, daß er um Zeitmangel nicht habe und daß das Recht bei ihm vorliege, daß er nicht mit ihm auszuhalten wolle, daß er zu seinem Schlichter sagte: Wenn während seiner Abwesenheit einer von den Kunden kommt, soll er sie hinauswerfen? Es ist mir wohl be-

kannt, daß die Herren Wäschereibesitzer beabsichtigen haben, mich hinauszuwerfen. Dies wird mich aber nicht abhalten, die Interessen der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu wahren. Dies wird jetzt Herr Lau als Exempel zu führen bekommen, denn er ist auch einer von den Herren Arbeitgebern, aus der sogenannten „Arbeitsgemeinschaft der Wäschereien“, die sich den Teufel darum scheren, einen für sie verbindlich erklärten Tarif einzuhalten.

Der Ausschuss gegenüber verleben diese Herren die Preise zu machen, ungefähr das 15fache des Friedenspreises, die Arbeitslöhne sind höchstens das fünffache geblieben, sie zahlen 1. B. für eine Wäscherin über 20 Jahren 1.50-1.60 M pro Stunde, der Tarif schreibt 2.40 M vor. Trotzdem heissen diese Herren nach die Arbeit, schriftlich zu erklären, es läge kein Grund vor, höhere Löhne zu bezahlen, als die erst angeführten, indem die Arbeiterinnen zufrieden wären.

Es liegt nun jetzt an der Ausschuss, auf Grund der Preise, die ja die Herren Arbeitgeber immer mit den hohen Arbeitslöhnen begründen, zu verlangen, daß die Tariflöhne bezahlt werden.

Die Polizeibehörde möchte ich darauf aufmerksam machen, nicht allein nach dem Koalitionsrecht zu sehen, sondern auch auf Durchführung des Betriebsrätegesetzes hinzuwirken. So wie Lau dem nicht nachgegeben, so steht es bei anderen auch (Bühner, Koll, Kuk, Schorff). Dort wurde einfach an einem Arbeiter gesagt: Sie sind Obmann, es ist ja nur der Form nach“ usw. Ich glaube, es kann sich nun jeder Leser ein Bild machen, mit was für Firmen man sich hier herumtreiben muß, bis die Arbeiter die paar Groschen bekommen, die durch den Tarif festgesetzt sind.

Deutscher Beschäftigter-Verband, Filiale Karlsruhe: Weik.

H. Wählburg. Eine überaus gutbesuchte Versammlung konnte unser Bezirk am letzten Samstag haben. Referenten waren Gen. Prof. K. H. H. und Genossin Anders. In klarer leichtverständlicher Weise referierte Gen. K. H. H. über Schulfragen. Eine aufmerksam lauschende Menge Genossinnen und Genossen waren ihm für seine Ausführungen dankbar. Seine Worte bewegten sich in der Grundlinie: was wir haben, was wir wünschen und was wir erreichen können. Die Genossin Anders referierte über Agitation und Organisation in der Frauenbewegung. Auch sie wußte die Zuschauer in Bann zu halten. Der Dank der Versammlung kam in der Diskussion zum vollen Ausdruck. Lebhaftige Klagen wurden über einzelne Lehrerinnen vorgebracht. So wird in der 8. Mädchenklasse jetzt dauernd der Krieg eingepaukt. Namentlich Genossin K. H. sprach sich energisch über unsere Ziele in den Schulfragen aus. Nachdem noch der Vorsitzende Hertel auf unsere Bibliothek und auf die Presse und sonstige Parteiarbeit hingewiesen hatte, endete die außerordentliche Versammlung mit einer Teilerhebung um 11 Uhr.

Was versteht man unter Aschmehl? Auf diese von uns gebrachte Anfrage teilte uns das Brauhaus mitteilt, daß das zur Verteilung gelangende Aschmehl aus Auslandsmehl, welches zu 75 Prozent ausgemahlen ist, besteht. Da aus Auslandsmehl zur Ausgabe gelangt, ist die Gewähr gegeben, daß ein einheitliches Mehl ausgegeben wird. Das Aschmehl ist eine Sonderzuteilung und hat mit dem bisher ausgegebenen Hausmehl nichts zu tun. Alles Nähere wird nach bekannt gegeben. Des weiteren berichtet das Brauhaus mitteilt, daß es Sorge dafür trägt, daß eine reelle Abgabe statt findet.

Angelschiff. Am Samstag vormittag gegen 8 Uhr kam der Sohn des verstorbenen Oberbauarbeiters Stahl, Hans Stahl, beim Arbeiten an einer Hochspannungssäule im Schallhaus Schreiberharts des Postamtes auf noch unaufgeklärte Weise einer unter Spannung stehenden 2000 Voltleitung zu nahe und wurde erheblich verletzt. Der Zustand des Verunglückten ist bedenklich.

Erzbischof Dr. Karl Frey wird voraussichtlich am 12. Dezember zu kurzem Besuch hier eintreffen.

Preussisch-Litauische Klassenlotterie. In Karlsruhe ist bei der nachstehenden Anfrage nach staatlichen Klassenlosen eine dritte badische Lotteriennummer errichtet und dem früheren Bürgermeister von Weimheim, Herr Dr. Weikstein, übergeben worden. (Siehe Anzeigenteil.)

Radfahrer in Karlsruhe. Nach einer von beispiellosem Erfolg gekrönten Konzertreihe durch Skandinavien ist Herr Kammerfänger Jablovker wieder nach Deutschland zurückgekehrt und hat bereits in bedeutenden Städten seine eingegangenen Konzertverpflichtungen absolviert. Herr Kammerfänger Jablovker wird in einem neuen Programm sich wieder hier vorstellen und zwar am Montag, 29. Nov., nachdem er am Tage zuvor in Stuttgart im Landes-Theater gastieren wird. Die geschilderte Leistung liegt in den Händen der Musikalienhandlung Ritz Müller, Kaiserstraße, woselbst schon jetzt Vorbestellungen für diesen Abend angenommen werden.

Dieser Suhr, deren Tangabend wir für Mittwoch, den 24. November bereits angekündigt, hat jetzt das Programm ihrer neuen Tände veröffentlicht. Die Auswahl der Tände, unter denen besonders verschiedene „Prieelpuppen“ und die Korsett-Tänze interessieren dürften, bespricht einen interessanten und genutzreichen Abend. Karten bei Kurt Reufeldt.

Nochmals die skandalösen Zustände auf der Albtalbahn

Zu dem zweiten Artikel mit obiger Ueberschrift geht uns vom Betriebsrat der Albtalbahn folgender Bericht zu:

Der Betriebsrat der Albtalbahn steht dem „jammervollen“ Bericht vollständig fern. Derselbe lehnt jede Verantwortung für die derzeitige Betriebsführung ab. Bis jetzt hat die Direktion in technischen Fragen den Betriebsrat sabotiert, sodas er nicht praktisch mitarbeiten konnte. Alle Bemühungen schickerten an dem „Herrn-im-Haus-Standpunkt“ der Albtalbahndirektion. Unsere einzige Hoffnung setzt sich auf den „Bater Kreis“. Sollte es auch dieser — wider Erwarten — verschmähen, die schaffenden Kräfte des Personals zur Mitarbeit heranzuziehen, so müssen wir für alle Zukunft jede Verantwortung ablehnen. Der Betriebsrat der Albtalbahn.

Trotz der Versicherung des Einsenders der reichsgewerkschaftlichen Erklärung, daß der Betriebsrat mit dem Inhalt derselben einverstanden ist, trifft dies nach dem Inhalt der obigen Mitteilung nicht zu, wie überhaupt in geradzum auffallender Weise der oben angeführten mangelhaften technischen Zeitung mit keiner Silbe Erwähnung getan wurde. In der Erklärung der Reichsgewerkschaft verfuhrte man die Sache so darzustellen, als ob wir die Schuld den Angestellten der Bahn zuschieben wollten, das uns vollständig fernlag, was schon daraus hervorgeht, daß wir dieselben zu einer Meinungsänderung aufforderten. Daß aber die Schuld der unglücklichen Betriebsführung nicht nur allein an schlechten Material liegt, beweist die eireureliche Tatsache, daß seit der Veröffentlichung unserer Kritik eine angenehme Binnlichkeit bei der Albtalbahn eingetreten ist, die hoffentlich eine dauernde bleibt und damit wäre ja auch der Zweck unserer Forderungen erreicht.

Wasserstand des Rheins

Schwarzwald 23. Dez., gest. 8 Zim. Rehl 135 Zim., gest. 3 Zim. Maxau 27 Zim., gest. 1 Zim. Mannheim 166 Zim., gest. 5 Zim.

Aus der Partei

Karlsruhe, Baden-Württemberg

Die Delegierten zum Parteitag machen wir darauf aufmerksam, daß das Empfangsbüro sich am Bahnhof (früheres Fürstenzimmer) befindet. Dortselbst erhalten die Delegierten auch ihre Karten für Quartier, Essen usw.

Parteitags-Ausschuss Baden-Württemberg

C. W. Bunder.

Jugend und Sport

Arbeiter-Schachspieler!

Der Deutsche Arbeiterschachbund ist eine Vereinigung von Schachfreunden, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, bestrbt ist, das edle Schachspiel in Arbeiterkreisen zu fördern und zu pflegen. Weil das Schachspiel jeden zum außerordentlichen Nachdenken anregt, so bildet es ein hervorragendes Mittel zur Schärfung und Ausbildung des Geistes. Und in den kommenden sörmeren Jahren und-erweislichen Kampfes braucht jeder Arbeiter scharfen Verstand und Geist. Jedes Mittel sollte dazu recht sein, seinen Weisheit zu erhöhen, und zu diesem Zwecke trägt das edle Schachspiel in nicht geringem Maße bei. Durch Herausgabe eines eigenen Schachzeitung, durch Gründung von Vereinen hat sich die organisierte Arbeiterschach auch in dieser Beziehung von dem Bürgerturn unabhängig gemacht, und ist im Deutschen Arbeiter-Schachbund zusammengeschlossen. Wir suchen allen Schachspielern und Interessenten zu: Schlichte Euch den am Orte befindlichen Arbeiterschachklub an. Wo keine bestehen, gründet solche und wendet Euch zu diesem Zwecke an den Bundesvorsitzenden Alfred Gläher, Chemnitz, Liskomstraße 35, welcher in allen diesbezüglichen Fragen zu Auskünften gern bereit ist. Kodmals: Hand- und Kopfarbeiter, schließt Euch dem Bunde an und helft unsere Sache fördern.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 3. Bezirk, Morgen Mittwoch

Abend 7 Uhr im „Georg Friedrick“ in Karlsruhe Bezirk 3. Spiel-Ausschussführung. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird dringend ersucht.

Am 1. Advent geht vorwärts.

Am letzten Samstag versammelten sich in Langensteinhach die sportliebende Arbeiterschachfreunde (über 60 Personen) zu einer Besprechung und Zielvereinbarung zum Arbeiterturnerbund. Der größte Teil, der noch Mitglied der Deutschen Turnervereine ist, wird nun eine Generalfversammlung des hiesigen Turn- und Sportvereins beantragen, um dort zum Uebertritt Stellung zu nehmen. Öffentlich soll gesagt werden, daß auch den dem schönsten Anstehort bei der Barbara den Arbeiterturnern bei ihren zukünftigen Turnfahrten dorthin ein kräftiges „Frei Heil“ entgegenruft.

Kleine Nachrichten

Berlin, 22. Nov. Wie wir hören, hat die französische Militärbehörde das in Marxheim (Kreis Höchst a. M.) gelegene, 375 Morgen große Aderland umfassende Gelände, das als Hauptplatz der Besatzungsgruppen diente, nunmehr nach wiederholten Verhandlungen zur Bewirtschaftung freigegeben.

Das verkaufte Zwergenbein. Zu Middleboro im amerikanischen Staat Massachusetts ist in diesen Tagen der bekannte 90 Zentimeter große italienische Zwerg Graf Mogri gestorben. Der in zweiter Ehe mit der berühmten Zwergin „Tom Thumb“ verheiratet war, die noch zehn Zentimeter weniger als ihr Gatte maß. Vor 14 Tagen erst hatte er sich wegen Gesundheitsrückfällen entschließen müssen, dieses Zwergenbein zu verkaufen und die Gewerbe seiner im vergangenen Jahre verkauften Frau zu überlassen. Unter den Bewundern dieses Zwergenbeins befand sich auch das winzige, zweifelhafte Skelett des Paars, das der Imperator ihnen zur Hochzeit geschenkt hatte, sowie ein Zwerg, der, das für die Gewinn besonders gebaut worden war. Graf Mogri hatte die Absicht, seinen Lebensabend in seiner Vaterstadt Bologna zu verbringen und wollte im nächsten Frühjahr Amerika verlassen. Seine ihm zum Tod vorangegangene Frau, die im Jahre 1842 geboren war, hatte 1863 den berühmten Zwerg-Generale „Tom Thumb“ geheiratet und mit ihrem Gatten wiederholt Amerika und Europa bereist. Der General war noch zwei Zentimeter kleiner gewesen, als seine 80 Zentimeter messende Gemahlin.

Aus der Partei

Karlsruhe, Baden-Württemberg

Die Delegierten zum Parteitag

Wir machen wir darauf aufmerksam, daß das Empfangsbüro sich am Bahnhof (früheres Fürstenzimmer) befindet. Dortselbst erhalten die Delegierten auch ihre Karten für Quartier, Essen usw.

Parteitags-Ausschuss Baden-Württemberg

C. W. Bunder.

Jugend und Sport

Arbeiter-Schachspieler!

Der Deutsche Arbeiterschachbund ist eine Vereinigung von Schachfreunden, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, bestrbt ist, das edle Schachspiel in Arbeiterkreisen zu fördern und zu pflegen. Weil das Schachspiel jeden zum außerordentlichen Nachdenken anregt, so bildet es ein hervorragendes Mittel zur Schärfung und Ausbildung des Geistes. Und in den kommenden sörmeren Jahren und-erweislichen Kampfes braucht jeder Arbeiter scharfen Verstand und Geist. Jedes Mittel sollte dazu recht sein, seinen Weisheit zu erhöhen, und zu diesem Zwecke trägt das edle Schachspiel in nicht geringem Maße bei. Durch Herausgabe eines eigenen Schachzeitung, durch Gründung von Vereinen hat sich die organisierte Arbeiterschach auch in dieser Beziehung von dem Bürgerturn unabhängig gemacht, und ist im Deutschen Arbeiter-Schachbund zusammengeschlossen. Wir suchen allen Schachspielern und Interessenten zu: Schlichte Euch den am Orte befindlichen Arbeiterschachklub an. Wo keine bestehen, gründet solche und wendet Euch zu diesem Zwecke an den Bundesvorsitzenden Alfred Gläher, Chemnitz, Liskomstraße 35, welcher in allen diesbezüglichen Fragen zu Auskünften gern bereit ist. Kodmals: Hand- und Kopfarbeiter, schließt Euch dem Bunde an und helft unsere Sache fördern.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 3. Bezirk, Morgen Mittwoch

Abend 7 Uhr im „Georg Friedrick“ in Karlsruhe Bezirk 3. Spiel-Ausschussführung. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird dringend ersucht.

Am 1. Advent geht vorwärts.

Am letzten Samstag versammelten sich in Langensteinhach die sportliebende Arbeiterschachfreunde (über 60 Personen) zu einer Besprechung und Zielvereinbarung zum Arbeiterturnerbund. Der größte Teil, der noch Mitglied der Deutschen Turnervereine ist, wird nun eine Generalfversammlung des hiesigen Turn- und Sportvereins beantragen, um dort zum Uebertritt Stellung zu nehmen. Öffentlich soll gesagt werden, daß auch den dem schönsten Anstehort bei der Barbara den Arbeiterturnern bei ihren zukünftigen Turnfahrten dorthin ein kräftiges „Frei Heil“ entgegenruft.

Kleine Nachrichten

Berlin, 22. Nov. Wie wir hören, hat die französische Militärbehörde das in Marxheim (Kreis Höchst a. M.) gelegene, 375 Morgen große Aderland umfassende Gelände, das als Hauptplatz der Besatzungsgruppen diente, nunmehr nach wiederholten Verhandlungen zur Bewirtschaftung freigegeben.

Das verkaufte Zwergenbein. Zu Middleboro im amerikanischen Staat Massachusetts ist in diesen Tagen der bekannte 90 Zentimeter große italienische Zwerg Graf Mogri gestorben. Der in zweiter Ehe mit der berühmten Zwergin „Tom Thumb“ verheiratet war, die noch zehn Zentimeter weniger als ihr Gatte maß. Vor 14 Tagen erst hatte er sich wegen Gesundheitsrückfällen entschließen müssen, dieses Zwergenbein zu verkaufen und die Gewerbe seiner im vergangenen Jahre verkauften Frau zu überlassen. Unter den Bewundern dieses Zwergenbeins befand sich auch das winzige, zweifelhafte Skelett des Paars, das der Imperator ihnen zur Hochzeit geschenkt hatte, sowie ein Zwerg, der, das für die Gewinn besonders gebaut worden war. Graf Mogri hatte die Absicht, seinen Lebensabend in seiner Vaterstadt Bologna zu verbringen und wollte im nächsten Frühjahr Amerika verlassen. Seine ihm zum Tod vorangegangene Frau, die im Jahre 1842 geboren war, hatte 1863 den berühmten Zwerg-Generale „Tom Thumb“ geheiratet und mit ihrem Gatten wiederholt Amerika und Europa bereist. Der General war noch zwei Zentimeter kleiner gewesen, als seine 80 Zentimeter messende Gemahlin.

Durlach

Arbeiter-Jugend. Mittwoch, 24. Nov., punkt 7 Uhr abends, Singabend. Sonntag, 28. Nov., findet im „Goldenen Löwen“ eine gemütliche Unterhaltung statt; Beginn 8 Uhr. Die Mitglieder und Parteigenossen und -Genossinnen werden zu dieser Veranstaltung eingeladen und um zahlreiche Teilnahme ersucht.

Aus dem Murgtal

Selbach. Mittwoch, 24. Nov., abends 7 1/2 Uhr, spricht in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Gen. Abg. Eugen Geß über „Christentum und Sozialismus“. Die Parteigenossen werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Offenburg

Der Orchesterverein hält am Mittwoch im „Dreifönigsaal“ für seine Mitglieder ein größeres Konzert ab. Es werden etwa 50 Streich- und Blasinstrumente mitwirken. Der Verein besteht aus besoldeten und freiwilligen Musikern und passiven Musikfreunden. Der Jahresbeitrag beträgt 16 M. Der Verein verpflichtete sich, bei allen größeren städtischen Festlichkeiten mitzuwirken, sowie eine Anzahl öffentlicher Volkskonzerte zu veranstalten. Auch öffentliche Musik in den Sommermonaten soll veranstaltet werden, wobei die besoldeten Musiker mitwirken hätten, wofür die Stadt ihnen eine größere Subvention zuwendet, die vom Bürgermeistern zur Gründung einer Stadtmusik herbeigeführt wurde. Außerdem sind die besoldeten Berufsmusiker verpflichtet, sich bei allen Veranstaltungen ohne Unterschied der Parteien und der einzelnen Gänge, gegen die üblichen Verhältnismäße zur Verfügung zu stellen. Ein dementsprechendes Schreiben ist bereits den Vereinen zugegangen. Damit dürfte den Musikbedürfnissen der Stadt Genüge gesichert sein. In der letzten Stadtsitzung wurde auch entschieden, daß kein Musiker aus Berlin hierher gezogen wurde, ohne die kleinen Musiker zu berücksichtigen. Der genannte Musiker, der im Gastwerk eingestellt wurde, war lange Zeit bei den 170ern Musiker und hatte Anspruch auf eine Wohnungsverhältnisse. Wenn die Stadtgemeinde ihn einstellte, so hat sie damit nur ihre Pflicht getan, eine Anzahl Wohnverhältnisse bereitzustellen. Wenn der Mann im Orchesterbereich zugleich mitwirkt, so ist das sicherlich kein Schaden.

Rehl

Wohnungsfrage. Diejenigen Mitglieder der dem Arbeiterbildungsausschuss angeschlossenen Organisationen, die an dem Vortrag des Herrn Dr. Fockers teilnehmen wollen, werden gebeten, Donnerstag, 25. Nov., abends 8 Uhr, im Bürgerhalle zu erscheinen.

Konferenz der sozialisierten Baubetriebe

am 20. und 21. November in Karlsruhe.

Gen. Dr. Fischer, der Vorsitzende der Konferenz, indem er deren Einberufung begründete durch die Notwendigkeit, die im Bezirk bestehenden sozialisierten Baubetriebe in die Hände eines einheitlichen Aufbaues und einer gesunden Finanzierung bereits weisen zusammenzufassen. Zu Versammlungsvorständen wurden die Kollegen Fischer-Karlsruhe und Duh vom Kaiserverband gewählt. Als Vertreter des Bezirksverbandes der sozialdemokratischen Partei war Gen. Landtagsabg. Strobel-Karlsruhe amwesend.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Bericht über Gründung, Aufbau und Stand der Bauarbeitergenossenschaften, führte der Referent Gen. Dr. Fischer, aus: Die heutige Tätigkeit der Bauarbeiter-Produktiv-Genossenschaften hängt wie das ganze Baugewerbe überhaupt im wesentlichen von der allgemeinen Wirtschaftslage ab. Während des Krieges waren es die Militärbefehle, welche die Qualitätsgüter lahmlegten und dadurch trotz dem Wohnmangel ein. Man hätte glauben sollen, daß angesichts dieser Tatsache eine Hochkonjunktur für das Baugewerbe einsetzte würde. Die Feuerung und der Mangel an Holz, die Baumaterialienproduzenten vielfach unter die Arbeiter und Arbeiterinnen, haben das aber verunmöglicht. Es folgte dann der Schrei nach der Hilfe von oben. Die sozialistische denkende Arbeiterschaft verlangte die Sozialisierung des Baugewerbes und es war insbesondere der deutsche Bauarbeiterverband, der auf seinem Weimarer Verbandstag sich mit dieser Frage eingehend beschäftigte. Nur in ganz geringem Umfang konnte die Bautätigkeit aufleben. Trotz Wohnungsnot haben wir nun Arbeitslosigkeit auch im Baugewerbe. Da eine Sozialisierung von oben nicht zu erwarten war, leiteten die Bauarbeiter diese von unten her ein durch die Gründung von Produktivgenossenschaften. Die erste im Bezirk Karlsruhe entstand in Forstheim und zwar war der direkte Anlaß hierzu die Nichtbewilligung tariflicher Forderungen der Arbeiter durch die Arbeitgeber. Es entstand sofort ein allgemeines Verlangen der Bauarbeiter nach Genossenschaften, deren Gründung allerdings nur da ratam ist, wo die organisierte Arbeiterschaft einen erheblichen Einfluß in den Kommunalbehörden besitzt. Die Unternehmer nahmen die neue Konkurrenz inänsich überhand nicht ernst und beinhalten erst seit einiger Zeit die Bauarbeiterproduktivgenossenschaften zu bekämpfen, um Teil mit recht unfairen Mitteln, z. B. durch Ausweitung der Genossenschaftsmittel. Verschiedene Stadtverwaltungen haben schon längst die Ausbeutung durch die zusammengeschlossenen Bauunternehmer erkannt und wünschen die Konkurrenz durch Beschäftigung der 12 Baubetriebe zusammen etwa 800 Arbeiter und haben in der kurzen Zeit ihres Unternehmens bereits für über 9 Millionen Mark Arbeiten übernommen.

Unter den 50.000 im Bezirk wohnenden baugewerblichen Arbeitern muß kräftiger als bisher für die sozialisierten Betriebe agitiert werden. Mit den Genossenschaften haben wir bisher nur gute Erfahrungen gemacht und diese haben mancherorts ein Drittel, mitunter die Hälfte der Bautätigkeit beherrscht. Staat und Gemeinde haben mindestens 2 Millionen Mark an Baukosten gespart durch das Auftreten dieser neuen Konkurrenz der Unternehmer. Wenn es uns gelingen sollte, durch festen Zusammenschluß die Bautätigkeit ganz zu beherrschen, dann haben wir die erstrebte Sozialisierung des Baugewerbes.

Sodann referierte Gen. Fischer-Karlsruhe über „Die Gehaltsfrage, Verzinsung und Rückzahlung der Darlehen.“ Freiwillige Beiträge, Darlehen der Mitgliedschaften, des Verbandsvorstandes und des Verbandes sozialisierter Bauunternehmer sind die bisherigen Geldquellen der Genossenschaften. Nur in engstem Zusammenhange mit den gewerkschaftlichen Organisationen kann die Finanzfrage gelöst werden. An unseren Unternehmern muß echter genossenschaftlicher Geist herrschen, wir wollen und dürfen keine Missionskolonnen. Vielmehr soll in sozialistischer Zusammenarbeit aller Kopf- und Handarbeiter im Baugewerbe die sozialistische Theorie in die Praxis umgesetzt werden.

Beide Referenten erzielten reichen Beifall für ihre interessanten Ausführungen. Die anschließende Diskussion ließ eine tiefgehende Sachkenntnis und eine große Sinnhaftigkeit der Delegierten für das begonnene Werk der Sozialisierung des Baugewerbes erkennen. An Hand von sachlichen Beispielen wiesen verschiedene Redner darauf hin wie die Unternehmer in ihrer nackten Gemeinnützigkeit die Baukosten um 100-150% vergrößern. Erst seit dem ernsthaften Dazwischentreten der Bauarbeiterproduktivgenossenschaften sind die Unternehmer dazu gezwungen worden etwas billiger zu werden mit ihren Gemeinnützigkeiten. Leider erhalten die Genossenschaften der Bauarbeiter noch nicht die verdiente Unterstützung insbesondere auch seitens sozialistischer und kommunistischer Verbände, wenn

es sich um die Vergütung von Bauarbeiten handelt. Aus lauter Mitleidenschaft - Rettelei vergibt man lieber die Arbeiten an die tüchtigeren Privatunternehmer als an die Produktivgenossenschaften der Bauarbeiter, welche zumeist nicht nur wesentlich niedrigere Angebote einreichen, sondern zudem in der Regel die tüchtigsten Arbeiter beschäftigen. Der dreimal gebrachte Profit muß eben von den bürgerlichen Gemeindefürsorge und Staatsbehörden zunächst geschützt werden, mag über die Gemeinnützigkeit des Unternehmertums das Wort zu Grunde gehen. Von Gen. Focki-Karlsruhe wurde gewünscht, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindefürsorge und Bauunternehmern mehr für die Bauarbeitergenossenschaften eintreten sollten. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die Konferenz am Sonntag vormittag vertagt.

Die Verhandlungen am Sonntag vormittag wurden ausgefüllt durch ein überaus interessantes und sachkundiges Referat des Gen. Raurat Wagner aus Berlin über „Die Abfederung des Verbandes sozialisierter Baubetriebe und die Finanzierung derselben“ und die sich hieran anschließende Diskussion. Sowohl die vortrefflichen Ausführungen des Referenten als auch die Diskussionen brachten eine Fülle von praktischen Anregungen für den organisatorischen und finanziellen Ausbau der sozialisierten Baubetriebe. Bemerkenswert ist, daß nicht nur die Organisation der Bauarbeiter selbst an diesen Unternehmen mitwirkt, sondern auch die Vertreter der verwandten Berufe, z. B. der Dachdecker, Klempner, Angestellten und Beamten die Vertiefung ihrer Organisationen aufgaben.

Das Ergebnis der Verhandlungen wurde zusammengefaßt in nachstehender Resolution, welche einstimmig Annahme fand:

Die am 20. und 21. November in Karlsruhe tagende Konferenz der bauarbeiterlichen Organisationen erkennt die Notwendigkeit der stärksten Zusammenfassung der sozialisierten Baubetriebe an und stimmt dafür die Gründung einer Bezirksorganisation nach dem von Genossen Raurat Wagner-Berlin vorgelegten Entwurf an.

Der Aufruf zur Gründung von sozialisierten Baubetrieben in Karlsruhe wird bekräftigt, die weiteren Vorbereitungen zur Gründung der Bezirksorganisation in die Hände zu nehmen und in nächster Zeit die Gesellschaft zur Gründungsversammlung einzuladen.

Um 2 Uhr wurde die Konferenz vom Vorsitzenden Koll Fischer mit einer kurzen Ansprache geschlossen.

Letzte Nachrichten

Von der U.S.B.

Zentralkomitee und Sekret der U.S.B. (links) haben beschlossen, den vor dem Versammlungsparteitag in Aussicht genommenen außerordentlichen Parteitag für Freitag, den 3. Dezember 1920, nach Berlin einzuberufen. Der Parteitag soll die Schaffung einer einheitlichen deutschen Section der kommunistischen Internationale.

Der bolschewistische Vormarsch in der Ukraine

21. Wien, 22. Nov. Der ukrainische Pressedienst meldet aus L'witschok vom 19. Nov.: Anfolge täglich zunehmenden Revolutionärs sind die ukrainischen Truppen am südlichen Flügel gezwungen, unter größten Opfern an Menschenleben dem immer frischer in den Kampf werdenden Feind Widerstand zu leisten und sich, beständig lämpfend, Schritt für Schritt gegen Norden zurückzuziehen. Nach hartnäckigen Kämpfen haben wir Garmolinsk geräumt, um Proskurov wird erobert. Mehrere Abteilungen haben in den Kämpfen der letzten Tage, wo die Ukrainer wegen Munitionsmangels nur mit dem Bajonett vorgehen konnten, an Toten und Verwundenen bis zur Hälfte ihres Bestandes verloren.

21. Warschau, 22. Nov. Aufgrund von sicheren Informationen aus ukrainischer Quelle befreit der sozialistische Kibotnik die Einnahme von Kamene-Podolski durch die Bolschewiken. Die Rote Armee soll nur im Südteil der Ukraine Fortschritte gemacht haben, während an der Nordfront alle Angriffe der Sowjettruppen abgelehnt worden seien.

Ein schweres Eisenbahnunglück - 40 Tote

22. B. Marienwerder, 22. Nov. Wie die „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ melden, ist heute früh auf dem Bahnhof Braunschwade, der letzten Station vor Marienwerder, dem neu eingelegte Güterzug 8000 mit dem von Marienwerder kommenden Personenzug 1001 zusammengestoßen. Die sich stollten 40 Personen tot und den Trümmern geborgen worden sein.

Bartholomäusnacht in Dublin?

Berlin, 22. Nov. (Privattelegramm.) In der letzten Nacht ist nach einem Kopenhagener Telegramm der „D. Z.“ in der irischen Hauptstadt Dublin ein furchtbares Blutbad angerichtet worden. Bisher konnte schon festgestellt werden, daß elf Offiziere getötet wurden und auch eine große Anzahl gemeiner Soldaten fielen der organisierten Bartholomäusnacht zum Opfer. Nach Bekanntwerden dieses Verheerendes entspannen sich heftige Straßenkämpfe in Dublin, bei denen, soviel bisher bekannt wurde, 3 Personen getötet wurden.

Eine Meldung des B.Z. stellt den Vorgang wie folgt hin: 22. B. Dublin, 22. Nov. (Drahtmeldung.) Am Nachmittag umginge die Polizei den Sportplatz für Aiklettspiele und unterdrückte die Menge nach Waffen. Die Polizei beschlagnahmte eine Anzahl Revolver. Ein Feuererpolster beschossen die Polizei beim Herannahen. Die Polizei erwiderte das Feuer und verübte eine Anzahl Personen. Nach unbestimmten Berichten beträgt die Zahl der Opfer 10 Tote und 60-70 Verwundete.

22. B. London, 22. Nov. Renter meldet aus Dublin: Heute morgen 9 Uhr fand an verschiedenen Stellen Dublins ein allgemeiner Angriff auf Offiziere und uniformierte Offiziere in ihren Wohnungen statt. 11 Personen wurden getötet und sechs verwundet. 3 der Verwundeten wurden gefangen genommen. Zwei Polizisten, die zur Verfolgung ausgesandt wurden, sind auf dem Felde erschossen aufgefunden worden. Unter den Getöteten befinden sich zwei Kriegsgerichtsbeamte. Polizei und Militär veranstalteten heute nachmittag eine Razzia in der Stadt. Die Razzia fand von einer Panik ergriffen, da sie Wiedervergeltung befürchteten.

Die Völkerverbundversammlung in Genf

22. B. Genf, 22. Nov. Zur Beratung stand heute der Antrag von Lord Cecil dahingehend, daß sich der Völkerverbund unterzögert mit der armenischen Frage befaßt und der Völkerverbundversammlung Vorschläge unterbreitet zur Rettung der Rechte des armenischen Volkes. Nach dem Antrag soll eine Spezialkommission zur Prüfung der armenischen Frage ernannt werden. Nachdem Branting-Schweden betont hatte, daß der Völkerverbund die Mittel zur Lösung der armenischen Frage finden müsse, ergriß der

Präsident des Völkerverbundes Vassour-England ermahnte das Wort. Er sagte die Schwierigkeiten auseinander, die sich einer wirksamen Aktion in Armenien entgegenstellten, zumal sich bisher niemand gefunden habe, der das Mandat im Völkerverbund für Armenien übernehmen wolle. Am geeignetsten seien hierfür immer noch die Vereinigten Staaten, die aber auf die

militärische und finanzielle Mittel der anderen Staaten rechnen müßten.

Blümlin-Franke wandte sich gegen den Ausbaurat auf Einsetzung einer Spezialkommission für die armenische Frage. Die Kommission dürfe kaum zu einem positiven Resultat kommen, nachdem der Völkerverbund bisher nichts erreicht habe. Ein jeder müsse klar darüber sein, daß die Völkerverbundversammlung keine Nachmittel hat, und auch nicht über die notwendige Autorität verfügt, um die Durchführung ihrer Beschlüsse zu erzwingen. Dies sei nicht die Schuld Frankreichs. Die Völkerverbundversammlung müsse den unzerleglichen Zusammenhang des Völkerverbundes verlangen und sie müßte einen Beschluß fassen, der von den Regierungen der Großmächte ausgeführt werden könne. Ebenfalls müsse die Versammlung feststellen, daß die zivilisierte Welt sich als ohnmächtig erwiesen habe, den furchtbaren Greueln ein Ende zu setzen.

Cecil erklärte sich mit dem Wunsch Blümlins einverstanden in der Meinung, daß der Völkerverbund eingeladen wird, unverzüglich zu verhandeln. Es wurde schließlich Cecil und Blümlins Antrag angenommen und zwar einstimmig.

Das Abrüstungsproblem

Genf, 22. Nov. Die letzte Kommission der Völkerverbundversammlung, die ihre Sitzung öffentlich gestaltete, behandelte das Abrüstungsproblem. Präsident Branting betonte, daß es sich vielleicht um die wichtigste der vom Völkerverbund zu lösenden Fragen handle. - Der norwegische Delegierte Lunde sprach sich für die Abrüstung aus, die den Bestimmungen des Völkerverbundes entsprechen, daß kein Staat mehr ein solches militärisches Übergewicht erlangen dürfe, daß er den anderen, geküßt auf seine militärische Macht, seinen Willen aufzwingen könne. Die Voraussetzung für jeden Fortschritt sei eine wirklich gegenseitige, durch den Völkerverbund ausgeübte Kontrolle. Zur Lösung des Problems sei es notwendig, daß die vom Rat eingesetzte technische Kommission erst durch eine aus Männern der Politik, der Wissenschaft und der Volkswirtschaft zusammengesetzte Kommission, die die Abrüstungsfrage in erster Linie eine politische und ökonomische sei. Die Hälfte dieser Kommission solle vom Rat und die andere Hälfte von der Versammlung gestellt werden. Ferner müsse beim Generalsekretariat des Völkerverbundes eine besondere Section für die Abrüstungsfrage eingerichtet werden, die der Reduktion des Problems entspreche. - Der zweite britische Delegierte Lunde erklärte, er sei überzeugt von dem guten Willen des Völkerverbundes, mit der Abrüstungsfrage Ernst zu machen. Die größte Schwierigkeit liege darin, daß große Staaten wie Amerika und Rußland dem Völkerverbund nicht angehören.

* Eine empfindliche Störung in der elektr. Stromlieferung trat wieder heute morgen meßbar ein, sobald der Betrieb der Straßenbahn und der Geschäfte, welche auf elektrische Energie angewiesen sind, wie besonders die Heizungsbetriebe, schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden. So konnten bei uns insofern Aufhebungen des Stromes verschiedene wichtige Nachrichten und Anzeigen für die heutige Nummer nicht gedruckt werden und deshalb keine Aufnahme finden.

Dahle-Bericht vom 22. November

Die Markt notierte heute in der Schweiz ca. 950 Cts. Goldzählung Holland notierte etwa 2000 M. per holl. Gulden; Schweiz etwa 1050 M. per schw. Fr.; England etwa 297 M. per Pfd. Sterl.; Frankreich etwa 4,10 M. per fr. Fr.; Neuyork etwa 67,50 M. per Dollar.

BRITANNEN DER KOLONIEN

Die Hebung der Höhe. Der Einhaber des Artikels vorstehender Ueberfahrt in Nr. 209 unseres Blattes vom 6. November wird gebeten, seine Adresse und umgehend anzugeben, da wir ihm eine Mitteilung zu machen haben.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Ueberfahrt und Letzte Nachrichten Hermann Haber; für Redaktion, Politik, Aus dem Lande, Gemeindefolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Auslands, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Glatz; für den Anzeigenenteil Gustav Kräger, sämtliche in Karlsruhe.

Unsere Filialinhaber,

welche den „Völkerverbund“ durch die Post überwiesen erhalten, wollen die für Dezember genötigte Bezugszahl 3 Mark 50 Cts. bis zum Samstag, den 27. ds. Mts., uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. Dezember nicht rechtzeitig erfolgen. Berlag des „Völkerverbund“.

Vereinsanzeigen

Karlsruhe. („Palladium“) Heute abend punkt 7 1/2 Uhr, Singstunde. Es ist Pflicht eines jeden Sängers zu erscheinen. Karlsruhe. (Wagners „Gleichheit“) Die Sänger treffen sich am Mittwoch abend 7 Uhr im Zwölftes Gänge, Freitag 7 1/2 Uhr. Wagners „Gleichheit“ in der „Gleichheit“. Arbeiter-Turn- und Sportbund, 3. Bezirk. - Bezirks-Spielausschuss. Mittwoch, 24. Nov., abends 7 Uhr, im „Georg Friedrich“ in Karlsruhe Spielplatzausführung. Pünktliches Erscheinen dringend notwendig. 6848

HAUSENGENOSSENSCHAFT DER STADT KARLSRUHE

Geschäftsleitung. Otto Wöllinger von Ballreuth, Hauptlehrer in Offenburg, mit Frau Luise von Ballreuth. Bernhard Martin von hier, Buchhändler hier, mit Luise Johanna von Mannheim. Josef Herib von Breisach, Kaufmann hier, mit Rosalia Haberkoch von Altmünsterbach. Eduard Dietz von hier, Techniker in Anielingen, mit Luise Schaarman von Altmünsterbach. August Kallert von Wörz, Holzschuhmacher hier, mit Rosa Caroline von Schwarzbach. Hermann Wändt von hier, Tapeziermeister hier, mit Viktoria Wändt von hier. Adrian Weinmann von Reulbach, Hafnarbeiter hier, mit Helene Wändt von Stuttgart. Johann Gildenbeutel von Mannheim, Kaufmann in Mannheim-Waldhof, mit Maria Földer von Waldhof. Karl Abend von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Elisabeth Raiser von Unterharmersbach. Wolf Heil von hier, Arbeiter. Raiser und Wäldermeister hier, mit Ema Wälder von Hürnbach. Gustav Pfäfers von Altmünsterbach, Schuhmachermeister also, mit Johanna Hellmann von Saarlein. August Wegmeier von Mannheim, Mechaniker hier, mit Elisabeth Rienz von Bismarck.

Gebrüder. Wilhelm, V. Wils. Augenstern, Schlosser. Hildegard Elisabeth, V. Adolf Essig, Schlosser. Hanna Luise, V. Karl König, Fabrik. Georg Friedrich, V. Paul Brandt, Hilfszählmeister a. D. Friedrich, V. Fritz Krieg, Schlosser. Oskar Heinrich, V. Otto Weller, Architekt. Anna Maria, V. Johannes Reich, Straßen-Schaffner. Erich Wilhelm, V. Bruno Wehbecker, Maurer. Helotte Elisabeth, V. Franz Wälder, Schlosser. Armin Wilhelm Eugen, V. Armin Peter, Elektrikschaffner. Franz Ludwig, V. Fritz Wehner, Bauarbeiter. Helena Gertrud, V. Rich. Fischer, Maler. Dine Maria, V. Otto Beck, Chemiker. Ernst Selmut, Vater Ernst Michael, Bauarbeiter. Maximilian Philipp, V. Maximilian Kreidgauer, Straßen-Schaffner. Subertine Hedwig, V. Felix Billing, Schlosser. Gertrud Pauline, V. Friedrich Müller, Former. Walter, V. Friedrich Helm, Bauarbeiter. Paula, V. Karl Neu, Bäcker. Frieda Margaretha, V. Joh. Ganz, Dachdecker. Hermann Willi, V. Hermann, a. d. Eisenbahn-Schaffner.

Advertisement for 'Em Wa' (Emil Wagner) and other products. Includes text like 'Emil Wagner gegen Katarakt', 'Gänse', 'Familie', 'Lebensversicherung', 'Bad', 'Damen', 'Herrens', 'Kleider', 'Wäsche', 'Baum', 'Warme', 'Tisch'. There are also small illustrations of a person and a building.

Emser Wasser
gegen **Katarrhe**
u. s. w.
Schutz-
marke

Ginseletern
kauft und zahlt höchste Preise
Jo. Wilh. Kaiser,
Haidstraße 34.

Wäbchen-Mantel
für 6-8 Jahre, gut erhalten, zu verkaufen.
Hagerstr. 27, St. II.

Sozialdemokratischer Geistesarbeiter
Karlsruhe.
Sonntag, den 28. November, nachmittags 5 Uhr, im "Goldenen Adler" (Großer Saal), Karlsriedstraße 12.

Familien-Abend
mit gewöhnlichem künstlerischem Programm.
Unsere Mitglieder und die Freunde unserer Bewegung, welche beitreten wollen, sind mit ihren Familien freundlich eingeladen.
Der Vorstand.

LASSALLIA
KARLSRUHE
1895
Wir beehren unsere Mitglieder, Damen und Herren, welche sich zum **Sanzkurse** angemeldet haben, darauf hin, daß derselbe morgen **Wittwoch, den 24. Nov.,** abends 7 Uhr im Vereinslokal zum **Kuerhorn** Schützenstraße 88 beginnt. Wir ersehen um vollzählige Teilnahme aller Angemeldeten.
Die Verwaltung.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
e. G. m. b. H.
Wir gestalten uns, die berechtigten Mitglieder an den Beschlüssen der Generalversammlung vom 20. Juni d. J. betreffs **Erhöhung der Geschäftsanteile auf 200 Mk.** zu erinnern. Einzahlungen können in Bar an unserer Kasse Hauptstraße 28 oder durch Ueberweisung auf unser Postkontokonto 1666 getätigt werden.
Der Vorstand.

Badisches Landestheater.
Dienstag, den 23. November 1920.
Der Ring des Nibelungen. 1. Tag Die Walküre
Anfang 5 Uhr (A. 17.-) Ende 10 Uhr.
Volksbühne.
Im Konzerthaus.
Dienstag, den 23. November **FG** Anfang 7 Uhr.
Der Bibliothekar.

Preiswerte Stoffe

Blusenstoffe gestreift, Mtr. 16-50
Hauskleiderstoffe ca. 80 cm breit . . . Mtr. 19.50
Winderkleiderstoffe kariert . . . Mtr. 29.75
Damentuch vorzüglich Ware . . . Mtr. 48.50
Herrenstoffe ca. 140 cm breit . . . Mtr. 78.50
Körperflanell für Blusen und Hemden . . Mtr. 19.75
Kleidervelours tadellose Ware . . . Mtr. 19.75
Wäscheleinen ca. 80 cm breit . . . Mtr. 15.50
Rauh-Körper . . . Mtr. 17.50
Warme Betttücher weiss und farbig . . . Stück 68.50
HERMANN

TIETZ.

Festlichkeiten
Papiermützen für Damen und Herren
Lanzenträger
Artikel zum Bleigießen
A. Kraewel, Stern

Kaufe
getrag. Kleider, Schuhe, Pelzwerk, Möbel aller Art, zu realen Preisen.
H. Schay,
67 Kaiserstraße 67, (Eingang Waldhornstr.)

Alt. Gold, Silber, Platin
kauft stets am höchsten Preise.
Wilde, Uhrmacher
Kreuzstraße 16.

Selle aller Art
Pferden, Kutschen, Sattel, Eisen, Metalle, Keller- u. Speisekammer, Laute
Feuerstein,
Fasanenstr. 26, Tel. 3481.

„Nissin“
gegen **Kopfläuse**
Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Achtung!
Billige Weihnachts-Geschenke
in **Stoff-Resten** für Herren- und Damen-Kleider in guten Qualitäten.
Leo Gahnmann, Werdorplatz 33

Erhöhung der Geschäftsanteile auf 200 Mk.
zu erinnern. Einzahlungen können in Bar an unserer Kasse Hauptstraße 28 oder durch Ueberweisung auf unser Postkontokonto 1666 getätigt werden.
Der Vorstand.

Badisches Landestheater.
Dienstag, den 23. November 1920.
Der Ring des Nibelungen. 1. Tag Die Walküre
Anfang 5 Uhr (A. 17.-) Ende 10 Uhr.
Volksbühne.
Im Konzerthaus.
Dienstag, den 23. November **FG** Anfang 7 Uhr.
Der Bibliothekar.

Preiswerte Stoffe

Blusenstoffe gestreift, Mtr. 16-50
Hauskleiderstoffe ca. 80 cm breit . . . Mtr. 19.50
Winderkleiderstoffe kariert . . . Mtr. 29.75
Damentuch vorzüglich Ware . . . Mtr. 48.50
Herrenstoffe ca. 140 cm breit . . . Mtr. 78.50
Körperflanell für Blusen und Hemden . . Mtr. 19.75
Kleidervelours tadellose Ware . . . Mtr. 19.75
Wäscheleinen ca. 80 cm breit . . . Mtr. 15.50
Rauh-Körper . . . Mtr. 17.50
Warme Betttücher weiss und farbig . . . Stück 68.50
HERMANN

TIETZ.

Mützen
werden angefertigt
Blumenstr. 7, Eitenstr. II.
Buppenzimmer und -Küche
mit kompl. Einrichtungen
belleide solide Handarbeit, sowie ein größ. Puppenbett, belleide u. verschiedene Pelzgewände sind preiswert zu verkaufen. Zu erfragen: Durlach, Sägerstr. 8, I. St. III.

Diwans
neu, von 650 Mk. an.
H. Schay, Schützenstr. 23.

Alt. Gold, Silber, Platin
kauft stets am höchsten Preise.
Wilde, Uhrmacher
Kreuzstraße 16.

Selle aller Art
Pferden, Kutschen, Sattel, Eisen, Metalle, Keller- u. Speisekammer, Laute
Feuerstein,
Fasanenstr. 26, Tel. 3481.

„Nissin“
gegen **Kopfläuse**
Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Achtung!
Billige Weihnachts-Geschenke
in **Stoff-Resten** für Herren- und Damen-Kleider in guten Qualitäten.
Leo Gahnmann, Werdorplatz 33

Erhöhung der Geschäftsanteile auf 200 Mk.
zu erinnern. Einzahlungen können in Bar an unserer Kasse Hauptstraße 28 oder durch Ueberweisung auf unser Postkontokonto 1666 getätigt werden.
Der Vorstand.

Badisches Landestheater.
Dienstag, den 23. November 1920.
Der Ring des Nibelungen. 1. Tag Die Walküre
Anfang 5 Uhr (A. 17.-) Ende 10 Uhr.
Volksbühne.
Im Konzerthaus.
Dienstag, den 23. November **FG** Anfang 7 Uhr.
Der Bibliothekar.

Preiswerte Stoffe

Blusenstoffe gestreift, Mtr. 16-50
Hauskleiderstoffe ca. 80 cm breit . . . Mtr. 19.50
Winderkleiderstoffe kariert . . . Mtr. 29.75
Damentuch vorzüglich Ware . . . Mtr. 48.50
Herrenstoffe ca. 140 cm breit . . . Mtr. 78.50
Körperflanell für Blusen und Hemden . . Mtr. 19.75
Kleidervelours tadellose Ware . . . Mtr. 19.75
Wäscheleinen ca. 80 cm breit . . . Mtr. 15.50
Rauh-Körper . . . Mtr. 17.50
Warme Betttücher weiss und farbig . . . Stück 68.50
HERMANN

TIETZ.

Baumwollwaren und Aussteuer-Artikel

Handtuchstoffe	Meter Mk. 11 ⁵⁰ 15 ⁵⁰	Bettkattun	Meter Mk. 17.- 19 ⁵⁰
Wäscheleinen	Meter Mk. 15 ⁵⁰ 19.-	Hemdenflanell	Meter Mk. 18 ⁵⁰ 23 ⁵⁰
Bettuchleinen	Meter Mk. 45.- 48.-	Druckflanell	Meter Mk. 22 ⁵⁰ 25.-
Bettbarchen	Meter Mk. 58.- 64.-	Kleider-Velour	Meter Mk. 25.- 28.-
Matratzendrell	Meter Mk. 38.- 45.-	Unterrockstoffe	Meter Mk. 17 ⁵⁰ 19 ⁵⁰
		Kleider- u. Schürzenzeug	Meter Mk. 22.- 28.-

W. Boländer Kaiserstr. 121

Wäscherei Schorpp
verkauft auch
Neue Kragen.

Gänse-Lebern
kauft fortwährend und zahlt die höchsten Preise
Carl Pfeifferle
Erbsengartenstr. 23.

Ich zahle
die besten Preise für Kleider, Schuhe, alte Möbel, Wäsche, Lumpen, Papier, Bücher, alte Teppiche u. s. w.
J. Briel, An- u. Verkaufsgeschäft, Fasanenstr. 35

Union-Theater
211 Kaiserstrasse 211.
Heute letzter Tag!
Newyork-Paris
Der Splendorkonzert 8 Akte
Extra! **Stuart Webbs** in **Die weiße Rose**
4 Akte.

Durlacher Anzeigen.
Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug, sowie der Volksmilchkarten.
Die Ausgabe der Scheine zum Brot- und Mehlbezug für die Zeit vom 26. November bis 26. Dezember d. J., sowie der Volksmilchkarten für den Monat Dezember erfolgt am 24. und 25. ds. Mts. in folgender Weise:
Am **Wittwoch, den 24. ds. Mts.,** vormittags von 9-1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben **A bis mit B** nachmittags von 2-7 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben **C, D und E.**
Am **Donnerstag, den 25. ds. Mts.,** vormittags von 9-1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben **F bis mit G** nachmittags von 2-7 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben **H bis mit I.**
Jede Familie hat zwecks Empfangnahme neuer Scheine den Lebensmittelaussweis mitzubringen.
Im Interesse einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Geschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß die Familien zu der für den betreffenden Buchstaben bestimmten Zeit erscheinen. Wer die ihm zustehenden Scheine am Ausgabetermine nicht abholt, bekommt bei späterer Abgabe eine entsprechende Anzahl Brotmarken abgezogen.
Für verloren gegangene oder zu früh verbrauchte Scheine wird kein Ersatz oder Zusatz gewährt.
Durlach, den 22. November 1920.
Komunalverband Durlach-Stadt.

Rich. Kittel
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Am Stadtgarten 1
Telephon 2540
Ecke Klingerstrasse, Hauptbahnh.
Grosse Auswahl in mod. Wanduhren Standuhren.
Reparatur-Werkstätte.

Unsere Leser und Leserinnen
werden gebeten, bei Ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die **Inserenten des Volksfreund.**

Nachdem ich seit 1911 in meinem Sonderfach tätig bin, fast ausschließlich als Assistent an der Berliner Universitätsklinik für Hautkrankheiten (Geh. Rat Lesser, Prof. Arndt, der Hamburger Universitätsklinik f. Hautkrankheiten (Prof. Arning) u. dem Berliner Universitätsinstitut für Lichtbehandlung habe ich mich **Kaiserstr. 205 (nahe Café Odeon)** als **Facharzt für Haut- und Geschlechts-Krankheiten** niedergelassen.
Sprechzeit: 11-1 Uhr und 3-8 Uhr.
Dr. med. Büfemel
Leitender Arzt der Haut- u. Geschlechts-Krankenabteilung am hiesigen Versorgungs-Krankenhaus.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Die Besetzung von offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf laut Verordnung des Landeskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 16. Juni 1919 nur durch Vermittlung des Arbeitsamts erfolgen. Ausnahmen sind nur in dem in der genannten Verordnung bezeichneten Fällen oder mit Genehmigung des Vorstandes des Arbeitsamts zulässig. Arbeitgeber dürfen offene Stellen der obengenannten Art nur ausgeben, wenn sie die Berechtigung durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen. Zuwiderhandlung macht strafbar. Die Beachtung dieser Vorschrift wird künftig genau überwacht.
Arbeitsamt.

Was Sie jetzt benötigen

Kleiderstoffe

- Ein Posten Kinderschotten doppeltbreit Meter 32.50
- Ein Posten Mohair doppeltbreit Meter 42.50
- Ein Posten Kofium-Loden 130 cm breit Meter 62.50
- Ein Posten Cheviot in vielen Farben jefta 130 cm breit Meter 78.00

Winter-Wollwaren

- Herren-Normal-Hemden wohgemüßt 39.00 37.00
- Herren-Hosen wohthaltig, normalfarbig 37.00 35.00
- Damen-Untertailen weiß oder beige 17.50 14.50
- Kinder-Sweater die wärmste Winterbekleidung 17.50 12.00
- Kinder-Trikot-Garnaschen in vielen Farben 45.00 bis 25.00

Baumwollwaren

- Ein Posten Handtuchbreit grau und weiß Meter 7.25
- Ein Posten Bettkaltun Meter 19.50
- Ein Posten Hemdenflanell schwere Ripperware Meter 19.50
- Ein Posten Kleider-Belour Meter 24.50

Damen-Wäsche

- Damenhemd aus gutem Stoff mit Klappspitzen 39.50
- Damenhemd aus festem Hemdentuch mit reicher Hohlfadenverzierung 45.00
- Damenbeinkleid aus gutem Babypolame mit festem 29.50
- Damenbeinkleid aus Ia Hemdentuch mit Hohlfaden 39.50

Damen-Strümpfe

- schwarz gewebt, gut erprobte Qualitäten
- 12.50 9.50 8.50
- Damen-Handschuhe innen geräht 16.50 12.50
- Herren-Strickhandschuhe grau, kräftige Strapazierqualität 6.50

Damen-Konfektion

- Flanell-Blusen waschecht 39.00
- Belour-Blusen schöne Muster 48.00
- Kofium-Röcke 78.00 45.00
- Seiden-Crepe-Blusen jugendliche Form, helle Farben 98.50

Herren-Artikel

- Herrenhemden enorm billig, Zephyr und Percal 98.00
- Selbstbinder brettle Form 12.50 9.75
- Herren-Schals Kunstseide, brettle Form 38.00 27.50
- Herren-Sportmützen variirt 18.50 15.00

Schuhwaren

- Damen-Halbschuhe Soycaß mit Lacktappe Paar 85.00
- Damen-Stiefel hoher Schaft, moderne Formen Paar 125.00
- Herren-Stiefel brann und schwarz Paar 135.00
- Leber-Hauschuhe gefüttert Paar 13.75

Pelzwaren

- Pelz-Kragen moderne Form, schwarz und farbig 120.00 88.00
- Pelz-Kragen Feh-Ranin 132.00 121.00
- Pelz-Muffen Zafchen- und Sonnenform, schwarz und farbig 145.00 120.00
- Kinder-Garnituren flüßig, schwarz und farbig 32.00 21.00

Konfitüren

- Sarotti-Creme-Schokolade Tafel 2.90
- Creme-Schokolade ca. 100 Gramm Tafel 5.90
- Lebkuchen-Herzen Stück 1.25
- Bärenlebkuchen Palet 6 Stück 2.50

Haushalt-Artikel

- Rüchenlampen mit Zeffingbrenner 2.85
- Kochtopf verzinkt, 55 cm hoch 9.80
- Waschbecken obal, Steingut 42 cm 16.50
- Kaffeefervice mit Blumenbelor, 9-teilig für 6 Personen 68.00

Knopf

Karlsruhe.

So lange Vorrat!

Wieder ein grosser Treffer der Südd. Klass.-Lotterie nach Karlsruhe gefallen. Greifen Sie zu! Lose eingetroffen neue Lottereeinnahme **K. A. WETTSTEIN, Kronenstr. 56** bei Kriegstr. Fernruf 4725. Ebendasselbst Zigarrengeschäft, das infolge höchst preiswert. Waren ständig wachsenden Zuspruch hat.

PELZ-WAREN

in nur bester Kürschnerverarbeitung kaufen Sie am billigsten am **Erbprinzenstr. 3, am Rondell-Platz.** **J. Neumann, Kürschner.**

Baubund-Möbel

kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichtert. Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft **Badischer Baubund e. m. b. H. Karlsruhe** Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz) Täglich geöffnet von vormittags 8-12, nachmittags von 2-6 Uhr. Fernsprecher 5137.

Gänselebern

werden fortwährend zu höchsten Preisen angekauft. **H. Weener, Mühlw. 11.**

Neue Heberzieher

sind zu verkaufen. **Käsele, Werderstr. 28.**

Kaufe u. verkaufe

fortwährl. zu realen Tagespreisen neue u. getragene Herren u. Damen-Kleider, Züge, Mäntel, Federbetten, Gardinen etc. **S. Ugelrad, An- u. Verkaufsgeschäft, Offenweinstr. 22, 2. St.** Telefon 3980.

Verkauf preisw. Männerhosen und Wolljacken.

Die Stadt. Bekleidungsstelle verkauft ab Dienstag, den 23. November, einen großen Vorrat Männerhosen und gebrauchte Wolljacken zu billigen Preisen. **Schlösserhosen, blau, amerif.** zu Mark 70.- **Kräftige Arbeitshosen, Manchester** und dergleichen zu Mark 70.- **Buzkinhosen, sehr dauerhaft** zu Mark 89.- **Militärreithosen, grau, gebraucht,** **instandgesetzt** zu Mark 34.- **Wickelgarnaschen, amerif.** das Paar zu Mark 14.- **Arbeitsjoppen, selbstgrau, instandgesetzt** zu Mark 46.- **Wolljacken, gefärbt, gebraucht** zu Mark 9.50

Decken als solche, wie auch zur Verarbeitung geeignet: **Mark 40.- Mark 69.- Mark 89.-**

Verkauf an Jedermann.

Wiederverkäufer ausgeschlossen. **Sachmaterial gef. mitzubringen.** Verkauf täglich von 8-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags. Samstag nur bis 5 Uhr in der Neuen Stadt, Ausstellungshalle gegenüber Festhalle, Flug. Gartenstraße.

Daniels Konfektions-Haus

Wilhelmstraße 34 1 Trepp.

Pelz, Muffe, Plüsch-Garnituren, Astrachan-Mäntel, Flauschmäntel

staunend billig.



Großer Fischmarkt

in der **Kädt. Fischhalle** hinter dem Heroldstbad. **Vom Dienstag bis Samstag, vormittags 8-12 Uhr, nachmittags 2-5 Uhr.** **Lebendfrisch eingetroffen:** **Schellfische, Kabeljau, Seelachs, grüne Heringe.** **Empfehle außerdem:** **Safringeringe** 24. 32. 1.- **Büdinge** 24. 32. 1.- **Wiederverkäufer erhalten große Preisermäßigung.** **Telephon 4680.**

Mag Schäfer.

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. **H. Weener, Mühlw. 11, 2. St.** 6171

Ulster! Ulster!

nur eigene Fabrikate in verschiedenen Farben und Ausführungen, wie ein- und zweifärbig, glatt oder mit Gürtel u.s.w.

390.- 475.- 575.- netto.

Julius Löwe's eigene Fabrikate bieten Gewähr für vorzügliche Passform und gutes Tragen.

Julius Löwe nur Werderplatz 25.

Zither-, Mandolinen-Verkauf.

Der Zitherverein Edelweiß und Mandolinerverein geben wie in früheren Jahren Unterricht für Anfänger und bereits Spielende. Anstalt und Anmeldungen an Musiklehrer Kraft, Luisenstr. 52, L.



Wcich

und geschmeidig wird das Leder durch tägliche Pflege mit Erdal. Die Schuhe halten länger, sparen durch

Erdal

Herstell. von Erdal's Schuh-Pflege.